

Fertigung:¹.....
Anlage:⁵.....
Blatt:¹⁻⁵⁰.....

UMWELTBERICHT

mit Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung

des Bebauungsplans "Schmidtenbühn"
der Gemeinde Meißenheim (Ortenaukreis)



(Quelle: Planungsbüro Fischer, 2018)

PLANUNGSBÜRO FISCHER GÜNTERSTALSTR. 32 79100 FREIBURG
STADTPLANUNG - ARCHITEKTUR - LANDSCHAFTSPLANUNG

Stand: 12.11.2019

INHALTSVERZEICHNIS

1	Anlass und Ausgangssituation.....	1
	1.1 Erfordernis der Planaufstellung	1
	1.2 Verfahrensstand	1
	1.3 Lage im Raum / Geltungsbereich	3
2	Rechtsgrundlagen und Ziele des Umweltschutzes.....	4
	2.1 Rechtsgrundlagen	4
	2.2 Umweltziele	5
	2.3 Methodik – Anwendung Eingriffsregelung	6
3	Planerische Vorgaben	7
	3.1 Übergeordnete Planungen	7
	3.2 Schutzgebiete	8
4	Artenschutzrechtliche Prüfung.....	10
	4.1 Rechtliche Vorgaben	10
	4.2 Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (sAP)	11
5	Derzeitiger Umweltzustand und Auswirkungen der Planung	16
	5.1 Derzeitiger Umweltzustand	16
	5.1.1 Mensch	16
	5.1.2 Fläche	16
	5.1.3 Boden	16
	5.1.4 Grundwasser	17
	5.1.5 Oberflächengewässer	17
	5.1.6 Klima/Luft	17
	5.1.7 Pflanzen- und Tierwelt	18
	5.1.8 Landschafts-/Ortsbild	18
	5.1.9 Kultur- und sonstige Schutzgüter	18
	5.2 Umweltauswirkungen der Planung	18
6	Maßnahmen innerhalb des Planungsgebiets	23
	6.1 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für den Artenschutz	23
	6.2 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für die Eingriffsregelung	25
7	Eingriffs- / Ausgleichsbilanz lt. ÖKVO	27
	7.1 Schutzgut Boden	27
	7.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt	32
8	Ermittlung des Kompensationsbedarfs	36
	8.1 Ausgleichsbedarf Artenschutz	36
	8.2 Ausgleichsbedarf Schutzgüter	36

9	Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Planungsgebiets	36
9.1	Artenschutzrechtlicher Ausgleich.....	36
9.2	Naturschutzrechtlicher Ausgleich.....	39
9.2.1	Bilanzierung der artenschutzrechtlichen Vorsorgemaßnahme (lt. ÖKVO)	39
9.2.2	Maßnahme des Ökokontos Wald.....	39
9.2.3	Zusammenstellung naturschutzrechtlicher Ausgleich	41
10	Planungsalternativen.....	41
10.1	Nullvariante	41
10.2	Alternativen	41
11	Zusätzliche Angaben	43
11.1	Monitoring.....	43
11.2	Zusammenfassung	43
11.3	Quellenverzeichnis	49

Als Anlage dem Bebauungsplan beigelegt:

- Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung
erstellt von Dr. Boschert, Bioplan Bühl, 02. September 2019
- Schalltechnische Beratung zur Änderung des Flächennutzungsplans
– Ansiedlung Feuerwehr im Bereich Schillerstraße.-,
erstellt von Dr. Jans, Büro für Schallschutz, Ettenheim, i.d.F. vom 28.02.2017

1 Anlass und Ausgangssituation

1.1 Erfordernis der Planaufstellung

Anlass für die zu erstellende Umweltprüfung ist der Bebauungsplan "Schmidtenbühn" der Gemeinde Meßenheim gemäß § 2 Abs. 4 BauGB. Die Ausweisung des Bebauungsplans "Schmidtenbühn" ist ein bauplanungsrechtliches Vorhaben nach Anlage 1 Nr. 18.7 zum UVPG, das nicht UVP-pflichtig ist bzw. für das keine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen ist, da die Schwellenwerte, in Bezug auf die Grundfläche, nicht überschritten werden (§§ 3a und 3b UVPG). Mit dem Bebauungsplan "Schmidtenbühn" sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Errichtung eines Feuerwehrhauses sowie zur Erweiterung eines bestehenden Gewerbebetriebs geschaffen werden (s. Begründung B-Plan).

1.2 Verfahrensstand

Der Gemeinderat der Gemeinde Meßenheim hat die Aufstellung des Bebauungsplans "Schmidtenbühn" beschlossen. Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist im Vorfeld der Erstellung einer Umweltprüfung festzulegen, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der umweltschützenden Belange für die Abwägung zu erfolgen hat. Dieser Verfahrensschritt "Scoping" wurde im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Nachfolgende umweltrelevante Anregungen und Bedenken sind in der frühzeitigen Beteiligung eingegangen. Das Amt für Umweltschutz, LRA Ortenaukreis, stellte fest, dass aus naturschutzfachlicher Sicht eine abschließende Stellungnahme noch nicht möglich ist, da aufgrund der artenschutzrechtlichen Abschätzung (Bioplan, Januar 2019) zum B-Plan Verfahren "Schmidtenbühn" mit artenschutzrechtlichen Konflikten zu rechnen ist, die voraussichtlich mit Vermeidungsmaßnahmen gelöst werden können. Genauere Untersuchungen sind jedoch noch erforderlich. Dass die Eingriffe in Natur und Landschaft im Umweltbericht mit einer Eingriffs-/Ausgleichsbilanz dargestellt werden. Der Ausgleich des Defizits von 90.644 ÖP muss noch festgelegt werden.

Das Amt für Wasserwirtschaft u. Bodenschutz LRA Ortenaukreis, stellte fest, dass aufgrund der begrenzten hydraulischen Leistungsfähigkeit des öffentlichen Mischwasserkanals, alles auf den Planflächen anfallende Niederschlagswasser (inklusive Überflutungsereignis von 1 in 30 Jahren, auch unter Berücksichtigung der Thematik Regenwasserbehandlung) direkt auf den Grundstücken zu entwässern ist.

dass sich auf dem Grundstück, Flst.-Nr. 59, der Altstandort "Bohnenblust/Kohlebrustentfabrik", Objekt-Nr. 03577 befindet. Dort war von 1958 bis 1972 die Firma Bohnenblust & Dietrich ansässig, die Kohlebrustentfabrik herstellte. Der Altstandort wurde wie folgt erkundet: 1. Historische Untersuchung (Bericht des Ingenieurbüros Beller Consult, Freiburg, November 1997) 2. Orientierende

Untersuchung (Bericht des Instituts für Angewandte Geologie, Willstätt, Juli 1999)Der Altstandort wurde am 29. September 1999 beim Landratsamt Ortenaukreis – Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz – auf Beweisniveau „BN 2“ mit dem Handlungsbedarf „B = Belassen zur Wiedervorlage – Kriterium: Entsorgungsrelevanz“ bewertet. Die Einstufung in „Belassen zur Wiedervorlage“ bedeutet, dass, vorbehaltlich der derzeitigen Nutzung des Grundstückes, kein weiterer Handlungsbedarf besteht und eine weitere Bearbeitung nur in Betracht kommt, wenn sich bewertungsrelevante Sachverhalte ändern....

Das Amt für Landwirtschaft LRA Ortenaukreis, stellte fest,

- dass die Fläche derzeit als Grünland genutzt wird.
- dass es sich bei den derzeit landwirtschaftlich genutzten überplanten Flächen um Vorrangflur Stufe I der Digitalen Flurbilanz handelt.
- dass durch die Kompensationsmaßnahmen mit der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen im Baugebiet nicht eingeschränkt werden sollte.

Der BUND stellte fest,

- dass für das Ausgleichsdefizit aus dem Ökokontopotenzial mit Maßnahme im Offenland 6+7 mit Vollzug ab den Jahren 2014/15 verwendet werden sollte.

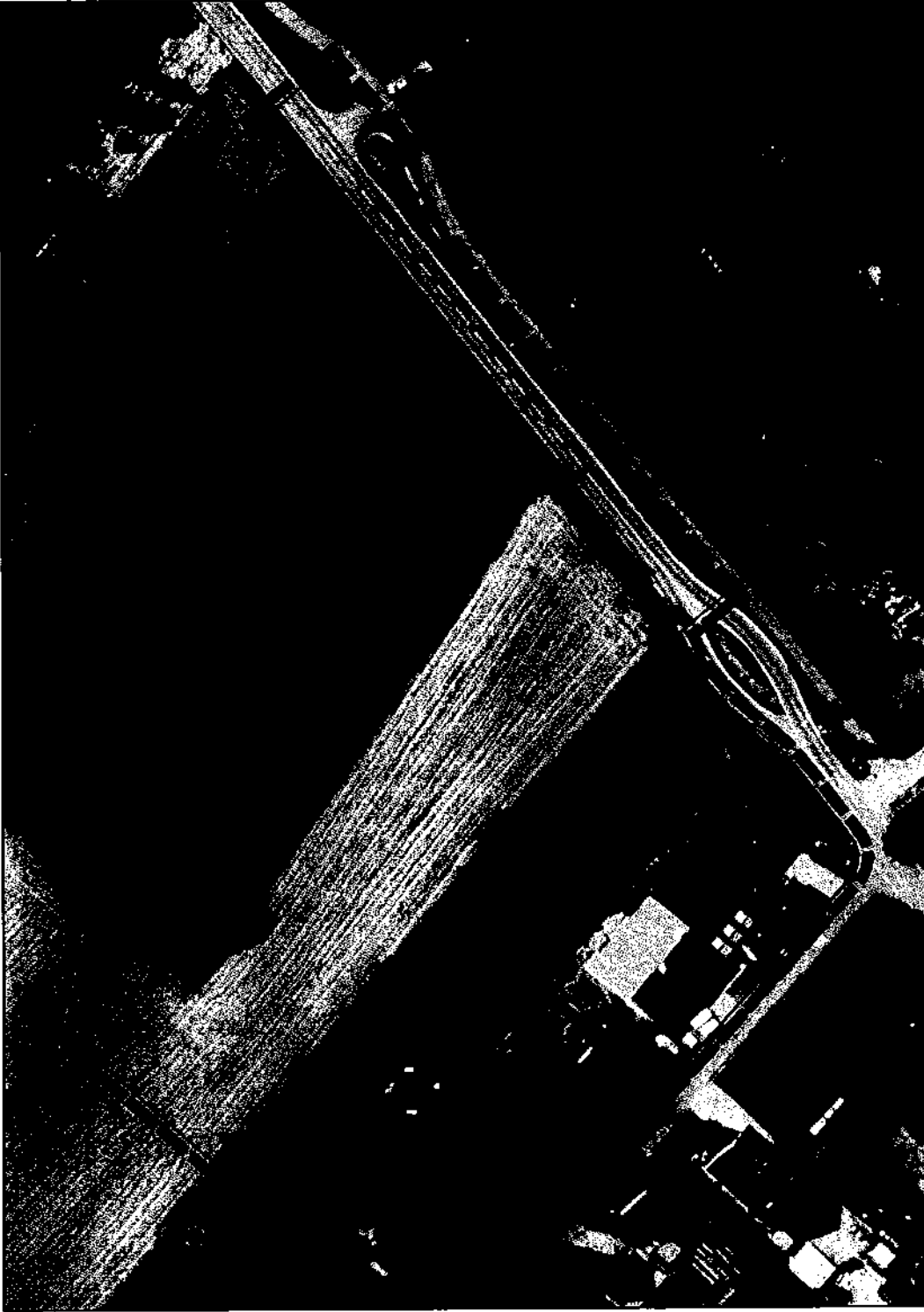
Private Stellungnahmen gingen zu nachfolgenden Themen ein:

- Bewertung des Bestands
- Vorgaben zur Bewirtschaftung
- Monitoring
- Zufahrt zu den Landwirtschaftsflächen
- artenschutzrechtliche Prüfung
- Beurteilung der diversen Schutzgüter
- Alternativenprüfung



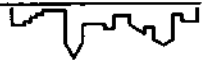
1.3 Lage im Raum / Geltungsbereich

Planausschnitt: Luftbild



(Quelle: Büro Fischer, 2019)

Das Plangebiet des Bebauungsplans "Schmidtenbühn" besitzt insgesamt eine Größe von ca. 1,43 ha und befindet sich am östlichen Ortsrand der Gemeinde Meißenheim nördlich der Lahrer Straße.



Planungsbüro Fischer

2 Rechtsgrundlagen und Ziele des Umweltschutzes

2.1 Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (i.d.F. v. 03.11.2017)

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist gemäß § 2 Abs. 4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB eine **Umweltprüfung** durchzuführen. In der Umweltprüfung sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen, die durch die Aufstellung des Bebauungsplans vorbereitet werden, zu ermitteln.

In einem Umweltbericht, der gemäß Anlage 1 BauGB zu erstellen ist, werden die umweltrelevanten Belange dargestellt. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB Teil der Begründung zum Bauleitplan und unterliegt damit den gleichen Verfahrensschritten wie die Begründung.

In der abschließenden bauleitplanerischen Abwägung sind als Ergebnisse der Umweltprüfung der Umweltbericht und die eingegangenen Anregungen und Bedenken zu berücksichtigen. In einer Zusammenfassenden Erklärung (Umwelterklärung) ist nach Abschluss des Bauleitverfahrens darzulegen, inwieweit die Anregungen der Behörden berücksichtigt wurden.

Nach Realisierung der Planung sind gemäß § 4ac BauGB die Gemeinden verpflichtet, die erheblichen Umweltauswirkungen zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehenen nachteiligen Auswirkungen frühzeitig entgegenwirken zu können.

Der Umweltbericht trifft gemäß § 34 BNatSchG Aussagen, ob eine Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten erfolgt. Des Weiteren werden auch Aussagen zur Betroffenheit des allgemeinen und besonderen Artenschutzes gemäß § 39 und § 44 BNatSchG getroffen.

Mit der Novellierung des Baugesetzbuchs 2011 gemäß § 1a Abs. 5 BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Entsprechende Maßnahmen wie Begrünung, Reduzierung des Versiegelungsgrades werden im Umweltbericht innerhalb der Schutzgüter Klima, Boden und Wasser behandelt. Technische Maßnahmen für den Klimaschutz werden im Bebauungsplan berücksichtigt.

Gemäß § 1a Abs. 3 i.V.m. § 18 BNatSchG ist bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (**Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz**) in der Abwägung zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach § 9 BauGB als Flächen oder Maßnahmen im Bebauungsplan oder auch an anderer Stelle. Nach § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB ist ein Ausgleich nicht erforderlich, soweit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.

2.2 Umweltziele

Mensch	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz des Menschen vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§§ 1 u. 3 BImSchG, § 1 (6) BaugB) - Vermeidung von Emissionen sowie sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern (§ 1 (6) BaugB) - Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie Belange der Erholung (§ 1 (6) BaugB) - Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie (§ 1 (6) BaugB) - Bemessungsgrundlage: Orientierungswerte der DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)
Fläche	<ul style="list-style-type: none"> - Sparsamer Umgang mit Grund und Boden (§§ 1 u. 4 BBodSchG, § 1a (2) BaugB) - Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2017, Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme auf max. 30 ha/Tag bis 2030
Boden	<ul style="list-style-type: none"> - Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden (§§ 1 u. 4 BBodSchG, § 1a (2) BaugB) - Erhalt von natürlichen Bodenfunktionen sowie von Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (§§ 1 u. 2 BBodSchG)
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> - Sichern der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen (§ 1 WHG) - Erhalt der Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie Schutz vor nachteiligen Veränderungen (§ 6 (1) WHG) - Erhalt der Grundwasserneubildung (§ 12 WG) - Erhalt der natürlichen oder naturnahen Gewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und sonstigen Rückhalteflächen (§ 1 (3) BNatSchG) - Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung und zur Versickerung von Niederschlagswasser (§ 55 WHG) - Erhalt des natürlichen Zustands von Gewässern beim Gewässer Ausbau (§ 67 WHG)
Klima/Luft	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz von Flächen mit klimatischen und / oder lufthygienischen Funktionen (§§ 1 (6) u. 1a (5) BaugB, § 1 (3) BNatSchG) - Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen (§ 1a (5) BaugB) - Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2017, Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mind. 40 % bis 2020 gegenüber 1990
Pflanzen-/Tierwelt und biologische Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung/Ausgleich/Ersatz von erheblichen Beeinträchtigungen / Eingriffen von Natur und Landschaft (§§ 13 - 15 BNatSchG, §§ 14 u. 15 NatSchG) - Schutz von biologischer Vielfalt sowie Tier- und Pflanzenpopulationen (§ 1 (6) BaugB, § 1 BNatSchG) - Schutz der Natura 2000-Gebiete (§ 1 (6) BaugB, § 2 BNatSchG) - Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG - Ziele und Vorgaben der Schutzgebiete: NSG, Nationalpark, Biosphärenreservat, LSG, Naturpark, Naturdenkmal, geschützter Landschaftsbestandteil, gesetzlich geschützte Biotope (§§ 23 - 30 BNatSchG)
Landschafts-/Ortsbild	<ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung des Landschaftsbildes (§§ 1 (6) u. 1a (3) BaugB) - Erhalt von Naturlandschaften und historisch gewachsenen Kulturlandschaften zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswerts (§ 1 (4) BNatSchG)

Kultur- und Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige städtebauliche Entwicklung (§ 1 (5) BauGB) - Berücksichtigung der Belange von Baukultur, Denkmalschutz, Denkmalpflege (§ 1 (6) BauGB) - Schutz/Erhalt der Kulturdenkmale (§§ 1, 2, 6 u. 8 DSchG)
-----------------------	--

2.3 Methodik – Anwendung Eingriffsregelung

Im Rahmen der Eingriffsregelung werden die Schutzgüter getrennt bewertet.

Das Schutzgut **Boden** wird gemäß dem Leitfaden "Bewertung von Boden nach ihrer Leistungsfähigkeit", Heft Bodenschutz 23, Stand 2010, und der Arbeitshilfe "Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung", Heft Bodenschutz 24, Stand 2012, unter Berücksichtigung der Angaben der Bodenkarte von Baden-Württemberg, M. 1 : 50.000 des GeoLa (Integrierte Geowissenschaftliche Landesaufnahme) bearbeitet.

Der Bewertung der vier Bodenfunktionen "Natürliche Bodenfruchtbarkeit", "Ausgleichskörper im Wasserkreislauf", "Filter und Puffer für Schadstoffe" und "Standort für naturnahe Vegetation" erfolgt entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gemäß der Ökokontoverordnung (ÖKVO), Stand 2010 für den IST-Zustand (Bestandwert) und den Planungszustand (ÖKVO).

Für das **Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt** wird bei der Bewertung das Biotoptypenmodell der Ökokontoverordnung verwendet. Nach dem Bewertungsmodell wird jedem vorhandenen Biotoptyp eine Wertigkeit in Form eines Punktwerts zugeordnet. Je höher der Punktwert ist, desto wertvoller ist der Biotoptyp. Durch Multiplikation des Biotopwerts mit der Fläche, die der Biotoptyp einnimmt, und Addition der einzelnen Flächenwerte ergibt sich ein Gesamtwert für das Untersuchungsgebiet.

Anschließend werden aufbauend auf den Zeichnerischen Teil des Bebauungsplans die zu erwartenden Biotoptypen nach der ÖKVO bilanziert.

Es erfolgt eine Gegenüberstellung des Bestandwerts mit dem Planungswert bei den Schutzgütern Boden und Pflanzen-/Tierwelt. In der Regel ergibt sich ein Ausgleichsdefizit, das durch Maßnahmen außerhalb des Bebauungsplans auszugleichen ist.

Für die Schutzgüter Boden und Pflanzen-/Tierwelt werden entsprechende Bestandskarten erstellt.

Die Eingriffe in die Schutzgüter **Mensch, Fläche, Wasser, Klima/Luft, Landschafts-/Ortsbild** sowie **Kultur- und Sachgüter** werden verbalargumentativ unter Berücksichtigung der "Empfehlung für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung" (August 2016) sowie die "Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umgebung" (Oktober 2015), Prof. Chr. Küpfer, bewertet.

3 Planerische Vorgaben

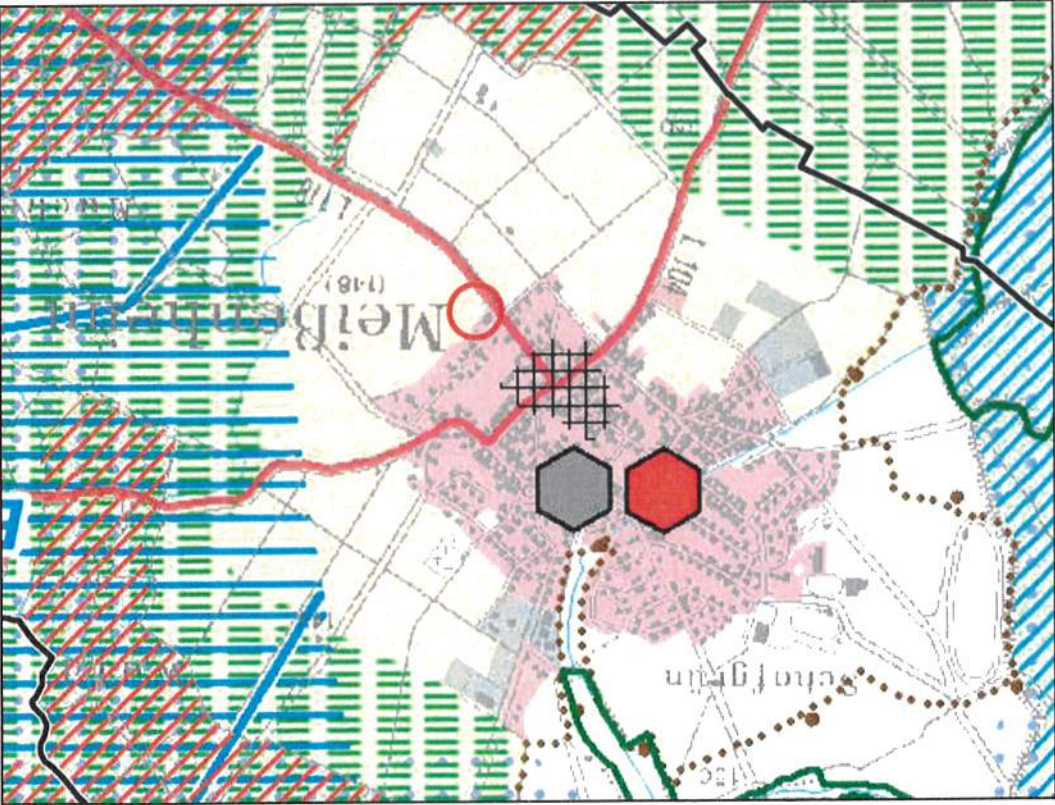
3.1

Übergeordnete Planungen

Regionalplan Südlicher Oberrhein

Nach Aussage des Regionalplans Südlicher Oberrhein (2017) handelt es sich bei dem Planungsgebiet der nach der Regionalen Freiraumstruktur um Siedlungsfläche Bestand – Wohn- und Mischgebiet. Nach Südosten schließt sich landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe 1 an.

Planausschnitt: Regionalplan Südlicher Oberrhein



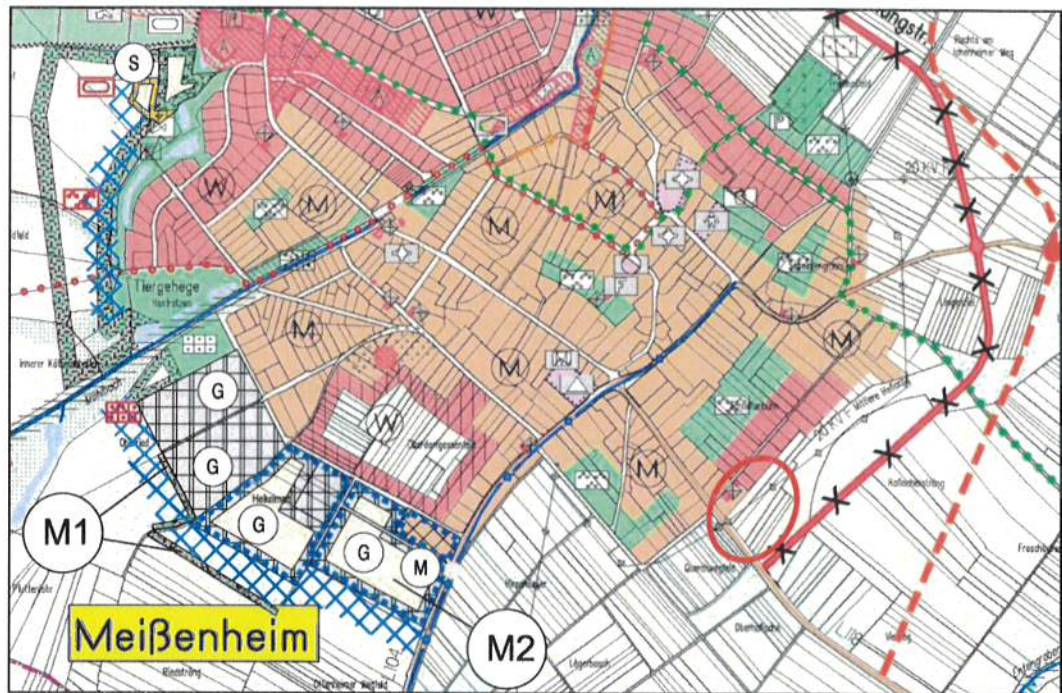
(Quelle: RVSO, 2017)

Flächennutzungsplan

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans "Schmidtenbühn" ist in der rechtswirksamen 3. Änd. des Flächennutzungsplans der Verwaltungsgemeinschaft Schwanau - Meißenheim für die Gemeinde Meißenheim als gemischte Baufläche an der Schillerstraße dargestellt. Bei den sich daran nach Südosten anschließenden Flächen handelt es sich um Landwirtschaftsflächen.

Derzeit wird im Parallelverfahren der Flächennutzungsplan geändert.

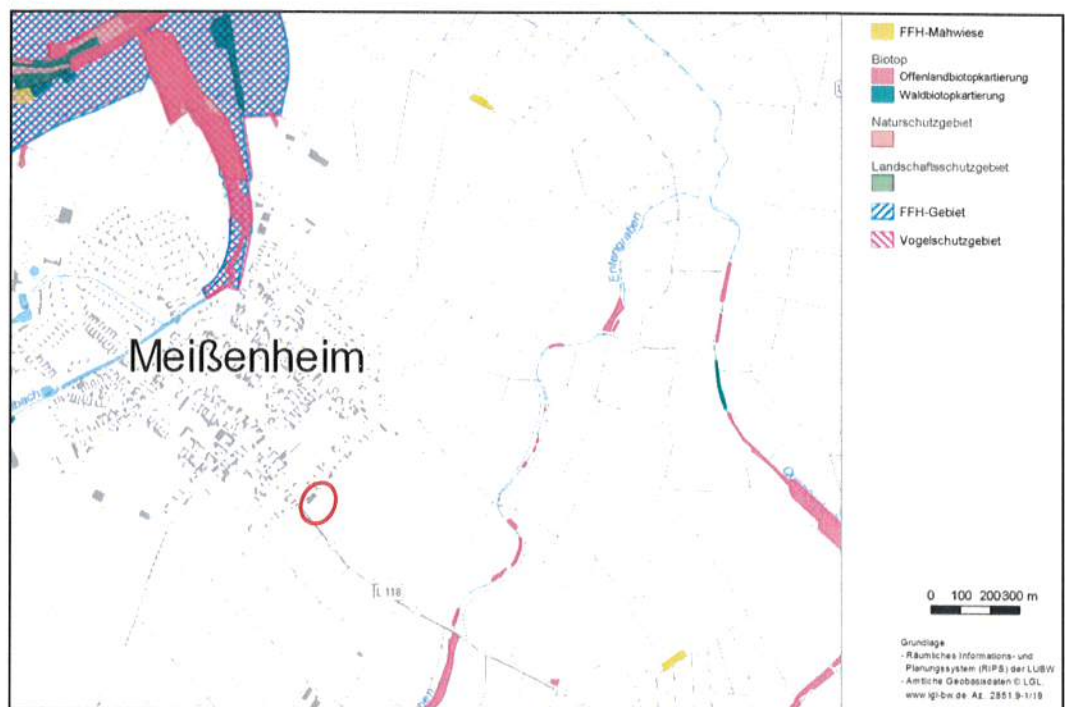
**Planausschnitt: 3. Änd. Flächennutzungsplan
Verwaltungsgemeinschaft Schwanau - Meißenheim**



(Quelle: 3. Änd. Flächennutzungsplan VVG Schwanau - Meißenheim, Planungsbüro Fischer, Freiburg, 2013)

3.2 Schutzgebiete

Planausschnitt:



(Quelle: LUBW-Abfrage Januar 2019)



Tabelle:

Legende: ● = direkt betroffen ○ = angrenzend I = nicht betroffen

I	FFH-Gebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: Teilfläche Rheinniederung von Wittenweiler bis Kehl / Nr.: 7512341, ca. 750 m nordwestlich	
I	FFH-Mähwiese, gemäß Anhang I der FFH-Richtlinie Name / Nr.:	
I	EG-Vogelschutzgebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: Rheinniederung Nonnenweiler - Kehl / Nr.: 7512401, ca. 750 m nordwestlich	
I	Naturschutzgebiete gemäß § 23 des BNatSchG bzw. § 28 des NatSchG Name: Salmengrund / Nr.: 3.211, über 1 km nordwestlich	
I	Landchaftsschutzgebiete gemäß § 26 des BNatSchG Name / Nr.:	
I	Naturparke gemäß § 27 des BNatSchG bzw. § 29 des NatSchG Name / Nr.:	
I	Naturdenkmale gemäß § 28 des BNatSchG und § 30 des NatSchG Name / Nr.:	
I	Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 des BNatSchG und § 33 des NatSchG Name / Nr.:	
I	Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 a des LWaldG Name / Nr.:	
I	Bodenschutzwald gemäß § 30 des LWaldG und Schutzwald gegen schädliche Umwelt- einwirkungen gemäß § 31 des LWaldG Name / Nr.:	
I	Waldschutzgebiete gemäß § 32 des LWaldG Name / Nr.:	
I	Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete gemäß § 51-53 des WHG und § 45 des WG Name / Nr.:	
I	Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 und 78 des WHG und § 65 des WG	
I	Risikogebiet gemäß § 78b des WHG	
I	Gewässerandrastreifen gemäß § 38 des WHG und § 29 des WG	
I	Freihaltung von Gewässern und Uferzonen gemäß § 61 des BNatSchG (1. Ordnung) und § 47 des NatSchG (1. und 2. Ordnung)	
I	Regionaler Grünzug, lt. RVSO, südlich ca. 240 m entfernt	
I	Grünzäsur, lt. RVSO	
I	Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege, lt. RVSO	
I	Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen, lt. RVSO	
I	Vorranggebiet für den vorbeugenden Hochwasserschutz mit HQ ₁₀₀ -Ausnahmeverbehalt, lt. RVSO	
I	Vorranggebiet für den vorbeugenden Hochwasserschutz ohne HQ ₁₀₀ -Ausnahmeverbehalt, lt. RVSO, westlich ca. 610 m entfernt	
I	Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe I, lt. Digitaler Flurlianz Baden-Württemberg / RVSO	
I	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind. Denkmale gemäß §§ 2 und 12 des DSchG (Denkmalschutzgesetzes), Gesamtanlagen nach § 19 des DSchG sowie Grabungsschutzgebiete gemäß § 22 des DSchG	

Europäisches Netz "Natura 2000"

Gemäß FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Richtlinie ist für Vorhaben, die ein besonderes Schutzgebiet erheblich beeinträchtigen können, eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen durchzuführen (§ 34 (1) und (2) BNatSchG).

Gemäß kartographischer Darstellung der Gebietsmeldungen vom Oktober 2005 und den Nachmeldevorschlägen für Baden-Württemberg nach der FFH-Richtlinie und der EG-Vogelschutzrichtlinie vom Ministerium Ländlicher Raum liegen für den Vorhabensbereich direkt derzeit keine Hinweise auf das Vorkommen eines gemeldeten oder in Meldung befindlichen FFH- oder Vogelschutzgebietes bzw. von Flächen, die diesbezüglich die fachlichen Meldekriterien erfüllen, vor.

Eine Beeinträchtigung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" ist durch das Vorhaben somit nicht zu erwarten. Weitergehende Prüfungen im Sinne des § 34 BNatSchG sind nicht erforderlich.

4 Artenschutzrechtliche Prüfung

4.1 Rechtliche Vorgaben

Nach § 44 BNatSchG (2010) besteht ein Zugriffsverbot für besonders geschützte Arten. Dies sind die europäischen Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie sowie die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie.

Nach einer Bestandserhebung ist im Rahmen der **artenschutzrechtlichen Prüfung** eine Prognose möglicher Beeinträchtigungen zu erstellen.

Es ist zu prüfen, ob

- durch die Planung eine **erhebliche Störung** während der in Satz Nr. 2 genannten Zeiten eintritt, durch die sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.
- es zu einer **Zerstörung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten** der Art (bei regelmäßig benutzten Stätten auch dann, wenn sie aktuell nicht besetzt sind) kommt. Die Zerstörung von Nahrungs- und Jagdhabitaten ist nur dann relevant, wenn sie einen essentiellen Bestandteil des Habitats darstellen und z.B. für die betroffenen Individuen nicht an anderer Stelle zur Verfügung stehen.
- es zur Tötung, Verletzung, Entnahme oder Fang von Individuen kommt, und ob diese unvermeidbar sind.

Wenn die Festsetzungen des Bebauungsplans dazu führen, dass Verbotsstatbestände eintreten, ist die Planung grundsätzlich nicht zulässig. Es ist jedoch eine Ausnahme von den Verboten möglich, wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen, es keine zumutbaren Alternativen gibt und der günstige Erhaltungszustand für die Arten trotz des Eingriffs gewährleistet bleibt.

4.2

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (sAP)

Die Gemeinde Meißenheim beauftragte Dr. Boschert, Bioplan Buhl, mit der Erstellung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (sAP).
Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (sAP) vom 02. September 2019 wird als Anlage beigefügt.

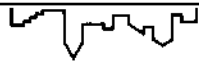
Der Gutachter kam zu folgendem Ergebnis:

Nach der artenschutzrechtlichen Abschätzung war mit Vorkommen und betroffenen folgenden artenschutzrechtlich relevanten Arten aus den Tiergruppen zu rechnen: Vögel (verschiedene Arten), Säugetiere (Fledermäuse), Reptilien (Zaun- und Mauereidechse) und Amphibien (Kreuzkröte und Gelbbauchunke). Eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG kann bei diesen artenschutzrechtlich relevanten Arten und Gruppen nicht ausgeschlossen werden. Daher war eine vertiefende spezielle artenschutzrechtliche Prüfung inklusive Geländeassessungen notwendig.

Für die übrigen artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzengruppen bestand nach fachgutachterlicher Einschätzung keine Betroffenheit und damit auch keine erheblichkeit. Eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG wurde damit für die nachfolgend aufgeführten Arten bzw. Gruppen ausgeschlossen: Säugetiere (außer Fledermäuse), Reptilien (außer Zaun- und Mauereidechse), Amphibien (außer Kreuzkröte und Gelbbauchunke), Gewässer bewohnende Arten und Tiergruppen, Spinnentiere, Landschnecken, Schmetterlinge und Käfer sowie artenschutzrechtlich relevante Farn- und Blütenpflanzen sowie Moose. Für sie war eine vertiefende spezielle artenschutzrechtliche Prüfung daher ebenso wenig notwendig wie Geländeassessungen.

Für die betroffenen Arten der verschiedenen Tiergruppen werden Maßnahmen inklusive CEF-Maßnahmen festgelegt. Das gesamte Konzept schließt auch Maßnahmen zur Sicherung des angestrebten Zustands ein, wobei Funktions- und Wirkungsschritte umfängliche Maßnahmen erforderlich sind, ist auch aus Vorsorgegesichtspunkten ein Risiko-Management festzusetzen. Zentraler Bereich dieses Risiko-Managements ist eine naturschutzfachliche Baubewachung und die Verfolgung der Lebensraumentwicklung einschließlich einer Funktions- und Wirkungsanalyse der durchgeführten Maßnahmen sowie der Bestands- und Verteilungsentwicklung bei den Reptilien und Fledermäusen (Monitoring). Eine naturschutzfachliche Baubewachung (= ökologische Baubegleitung) ist zwingend erforderlich, die auf einen orts- und sachkundigen Biologen mit guten faunistischen, aber auch tierökologischen Kenntnissen zurückgreift.

Unter Berücksichtigung und bei vollständiger Umsetzung der genannten Maßnahmen ergibt sich aus fachgutachterlicher Sicht keine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzengarten.



Nachfolgende Maßnahmen sind nach Aussage der saP durchzuführen und wurden in die Schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplans aufgenommen:

Vermeidungsmaßnahmen (VM)

VM 1 - Baufeldräumung

Gehölze

Die Baufeldräumung, insbesondere der Umbau oder Veränderungen an Gebäuden und die Rodung der Gehölze, muss außerhalb der Fortpflanzungszeit von Vögeln stattfinden (in der Regel von September bis Februar bestimmt durch die früh brütenden Arten bzw. spät brütenden Arten mit einer Brutzeit bis Mitte/Ende August; Ringeltauben können jedoch noch bis Ende September Gelege zeitigen, so dass im Oktober noch mit Nestlingen zu rechnen ist), damit keine Nester und Gelege zerstört werden. Die gesetzlichen Vorschriften beim Fällen oder Roden von Gehölzen müssen darüber hinaus berücksichtigt werden.

Zur Vermeidung von baubedingten Verletzungen und Tötungen von Fledermäusen sind die Fäll- und Rodungs- sowie Umbauarbeiten außerhalb der Aktivitätszeit dieser Tiergruppe in der Zeit von Ende November bis Ende Februar durchzuführen. Dabei gilt es, eine Frostperiode, besser zwei Frostperioden, abzuwarten. Eine Frostperiode besteht aus drei Frosträchten. Dadurch wird sichergestellt, dass sich keine Fledermäuse mehr in Spalten befinden, da diese nicht frostsicher sind.

Sollte dies aus unveränderbaren, nicht artenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sein (zu berücksichtigen ist, dass nach § 39 Abs. BNatSchG, in Gehölzbestände nur in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 28. Februar eingegriffen werden kann), muss im Vorfeld kurz vor der Räumung durch einen sachverständigen Ornithologen bzw. Fledermauskundler eine Kontrolle bzw. eine Nestersuche stattfinden. Sollten Nester bzw. Fledermäuse gefunden werden bzw. Verdacht auf eine Nutzung bestehen, kann eine Baufeldräumung nicht stattfinden. Durch diese Bauzeitenbeschränkung ist davon auszugehen, dass keine Individuen relevanter Vogelarten und auch nicht deren Eier oder Jungvögel, aber auch keine Fledermäuse direkt geschädigt werden. Ferner können sämtliche Individuen aller Vogelarten, mit Ausnahme der nichtflüggen Jungvögel, bei der Baufeldräumung rechtzeitig fliehen, so dass es zu keinen Tötungen bzw. Verletzungen kommt.

Weitere Hinweise - Bauphase

Maßnahmen müssen ergriffen werden, die verhindern, dass Vogelarten, die sich im Baufeld ansiedeln, getötet oder verletzt bzw. ihre Nester oder Gelege zerstört werden. Hierzu zählen u.a. keine Lagerung von Holz bzw. Schnittgut von Gehölzen oder Vermeidung von Sukzessionsbereichen auf Bau- bzw. Lagerflächen, aber auch Vermeidung von Brutmöglichkeiten für Vögel, u.a. an Baucontainern. Hierzu ist eine naturschutzfachliche Baubegleitung erforderlich.

VM 2 – Reptilien - Mauer- und Zauneidechse

Reptilienzäune

Ziel ist sicherzustellen, dass sich zum Zeitpunkt des Baubeginns keine Individuen der beiden Reptilien-Arten im Geltungsbereich und direkter Randbereiche mehr aufhalten. Dafür sind im Herbst 2019 ab September an den Außenbereichen des Geltungsbereiches Reptilienzäune zu stellen. Dies betrifft die Lahrer Straße und den östlichen Siedlungsbereich von Meißenheim. Diese Reptilienzäune sind in das Erdreich einzugraben und müssen eine Höhe von mindestens 50 cm aufweisen. Der Zaun sowie die Befestigungsposten müssen eine glatte Oberfläche besitzen, um ein Überklettern der Tiere von außen nach innen auszuschließen (u.a. Laufer 2014). Der Reptilienzaun muss die gesamte Bauzeit über stehen bleiben. Erst nach vollständiger Fertigstellung darf er wieder entfernt werden bzw. nach Freigabe des Rückbaus durch die naturschutzfachliche Baubegleitung (7.4 Naturschutzfachlich begleitende Maßnahmen inklusive Monitoring).

Noch im Herbst 2019 muss regelmäßig kontrolliert werden, ob sich noch Individuen beider Arten im vorgesehenen Eingriffsbereich aufhalten. Falls noch Individuen vorhanden sind, müssen diese auf die öffentliche Grünfläche umgesetzt werden. Erst danach kann jeweils mit dem Bau begonnen werden.

Der gesamte Baubereich muss während der gesamten Bauphase regelmäßig überprüft werden. Die Kontrollen müssen spätestens alle 10 bis 14 Tage durchgeführt werden.

Entlang des Zaunes muss während der gesamten Bauphase die aufwachsende (Ruderal-) Vegetation regelmäßig zurückgedrängt werden. Wichtig ist, dass nicht gemulcht wird, da der Mulch weiterhin Unterschlupf bietet. Auch dies muss durch eine naturschutzfachliche Baubegleitung überwacht werden.

An den Repellenzäunen müssen an der Baufeldseite ungefähr alle zehn Meter jeweils kegelförmige Erdwälle errichtet werden, welcher bis zur Kante des Zaunes reicht. Hiermit wird gewährleistet, dass Individuen, die sich eventuell noch in der Gefahrenzone aufhalten, in den sicheren Bereich abwandern können.

Die gesamten Maßnahmen müssen durch eine naturschutzfachliche Baubegleitung überwacht werden (7.4 Naturschutzfachlich begleitende Maßnahmen inklusive Monitoring).

Aktuell ist unklar, ob die Erweiterung des Gewerbebetriebs unmittelbar geplant ist oder erst in Zukunft. Wenn die Erweiterung unmittelbar ansteht, sind Vermeidungs- und Vorsorgemaßnahmen, u.a. Anlage von Ersatzhabitaten und Umsetzung der Mauereindeckungen erforderlich (7.2 Vorsorgemaßnahmen).

Sollte die Erweiterung erst in Zukunft anstehen, sind im Bauantrag zwingend Maßnahmen für die Mauereindeckung vorzusehen, die eine Verletzung der drei Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. BNatSchG verhindern.

VM 3 - Amphibien (Kreuzkröte und Gelbbauchunke)

Die Bauzeit wird möglicherweise auch während der Fortpflanzungszeit der Kreuzkröte und der Gelbbauchunke stattfinden. Daher müssen bestehende sowie sich nach Regen bildende flache Gewässer umgehend beseitigt werden, damit keine dieser Arten laichen können.

VM 4 - Bauzeitenbeschränkung

Zur Vermeidung von erheblichen baubedingten Störreizen (Störreize optisch durch Lichtmissionen und Personen sowie akustisch durch Lärm) der lokalen Fledermauspopulationen müssen alle zwischen Anfang März und Mitte November durchgeführten Arbeiten wie Bauarbeiten außerhalb der nächtlichen Aktivitätszeit der Fledermäuse stattfinden (diese dauert etwa 20 Minuten vor Sonnenuntergang bis 15 Minuten vor Sonnenaufgang), also zwischen 15 Minuten vor Sonnenaufgang und 20 Minuten vor Sonnenuntergang. Dies reduziert auch die Störreize u.a. für nachtaktive Vögelarten.

VM 5 - Vermeidung von Lichtmissionen

Da das Gelände an Offenland angrenzt, ergeben sich durch Lichtmissionen Betroffenen, besonders bei Fledermäusen. Grundsätzlich müssen bau-, anlagen- und betriebsbedingte Störungen durch Licht und Erschütterungen beim Durchflug und bei der Nahrungssuche durch geeignete Maßnahmen weitestgehend vermieden werden:

Grundsätzlich muss auf eine starke und diffuse Straßen und Grundstücksbauweise geachtet werden.

Lichtquellen, schwache LED-Beleuchtung, dürfen nicht in das umliegende Gelände ausstrahlen, sondern müssen, ohne Streulicht, zielgerichtet auf den Weg- bzw. Fahrbahnbereich sein. Dafür werden die Lichtquellen nach oben bzw. auch nach den Seiten hin abgeschirmt. So wird eine ungewollte Abstrahlung bzw. Streulicht vermieden.

Beleuchtungsquellen müssen den maximal möglichen Abstand zum umliegenden Offenland aufweisen.

Insbesondere der Blauanteil im Licht lockt Insekten an und wird stark gestreut. Daher ist künstliches Licht mit geringen Blauanteilen zu verwenden.

VM 6 - Erhalt der Obstbaumreihe auf Flurstück 53 und Erhalt des Nussbaumes

Der Nussbaum am nördlichen Ende der Flurstücke 53 und 54 weist ein hohes Quartierpotential für Fledermäuse auf. Daher ist dieser zu erhalten.

Die Obstbaumreihen auf den Flurstücken 53 und 54 sowie dem Nachbargrundstück dienen als Leitlinie für Fledermäuse, aber auch als Nahrungsgebiet für verschiedene Vogelarten, darunter Grünspecht und Rauchschwalbe. Die Obstbaumreihe auf dem Flurstück 53 ist zu erhalten.

Vorsorgemaßnahmen (V)**Fläche für Vorsorgemaßnahmen**

Die Flächen innerhalb des Geltungsbereiches, die als Leitlinie und als Jagdgebiet für u.a. Mücken- und Zwergfledermaus dienen, gehen durch die Umsetzung des Vorhabens teilweise verloren, der westliche Teil durch Überbauung und auf dem östlichen Teil (Flurstücke 53 und 54) kann eine Erhaltung und Festschreibung nur für das Flurstück 53 garantiert werden, so dass hier von einem Verlust ausgegangen werden muss. Der Nussbaum am nördlichen Ende der Flurstücke 53 und 54 muss erhalten bleiben (VM 6 - Erhalt der Obstbaumreihe auf Flurstück 53 und Erhalt des Nussbaumes). Das bedeutet, dass es nach Umsetzung des Bauvorhabens eine Leitlinie bzw. ein Zwischenjagdgebiet verloren geht. Eine zweite Leitlinie bzw. ein zweites Zwischenjagdgebiet durch einen Verlust von Obstbäumen, wenn auch aktuell noch jüngeren Alters, aber in direkter Nachbarschaft zu älteren Obstbäumen, wird beeinträchtigt. Ferner ist zu berücksichtigen, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die angrenzenden Jagdgebiete östlich des Geltungsbereiches durch die Bebauung und damit den Wegfall von Obstgebieten an Attraktivität für Fledermäuse verlieren.

Die Flächen mit Obstbäumen innerhalb des Geltungsbereiches, die als Leitlinie Jagdgebiet für u.a. Mücken- und Zwergfledermaus dienen, sind zusammen knapp 0,5 Hektar groß. Daher ist eine neue Lebensraumfläche anzulegen. Dafür steht ein Teil des Grundstückes 1055 zur Verfügung (Karte 7). Diese Fläche, heute überwiegend ackerbaulich genutzt, ist bevorzugt mit Hochstämmen standortheimischer lokaler bzw. regionaler Obstsorten zu bepflanzen, bevorzugt Apfelbäume, da diese später einen hohen Anteil an Höhlen und Halbhöhlen entwickeln. Ferner können aber auch Birnen oder Kirschen oder andere Obstsorten angepflanzt werden. Anteilig ist auch die Pflanzung anderer Bäume, u.a. Nussbäume, möglich. Die zu pflanzenden Bäume müssen einen ausreichend großen Stammdurchmesser aufweisen, so dass sie ihre Funktion als Nahrungsgebiet erfüllen und Fledermauskästen an ihnen aufgehängt werden können. Daher hat jeder zweite Baum in einer Reihe bei Pflanzung einen Durchmesser von mindestens 15 cm und eine Höhe von mindestens zwei Metern aufzuweisen. Alternativ bzw. ergänzend zu Neupflanzungen können auch die Bäume von den Flurstücken 54 und 57 auf die Ausgleichsfläche verpflanzt werden. Die Bäume sind dauerhaft zu pflegen.

Mit Beginn der Pflanzung der Obstbäume ist ab Herbst 2019 zu beginnen und im Frühjahr 2020 fortzuführen. Der Unterwuchs ist auf jeden Fall als Grünland einzurichten. Er kann mit einer standortgerechten Pflanzmischung eingesät oder über Heudrusch einer geeigneten Fläche aus der Umgebung versehen werden. Die Nutzung kann kleinparzelliert erfolgen oder aber über eine zweischürig extensiv genutzte Wiese. Alternativ kann die Fläche auch beweidet werden, u.a. mit Schafen.

Am Rand des Wohngebiets bleiben weiterhin geeignete Strukturen für Mücken- und Zwergfledermaus erhalten, so dass davon ausgegangen werden kann, dass diese Arten die an dieser Stelle etwa 50 Meter breite Ackerfläche überqueren können. So ergibt sich eine Ausgleichsfläche mit einer Größe von etwa 0,55 Hektar.

Aufgrund einer Entwertung der potentiellen Quartierstrukturen sind auf der neuen Lebensraumfläche (Flurstück 1055) insgesamt fünf Fledermauskästen in mindestens zwei, besser drei Metern Höhe im Herbst 2019 aufzuhängen. Hierfür sind folgende Kästen geeignet:

- 3 Kleinfledermaushöhlen 3FN (Firma Schwegler)
- 2 Fledermausflachkästen 1FF (Firma Schwegler)

Die Kleinfledermaushöhlen sind dauerhaft außerhalb der Fortpflanzungszeit, bevorzugt in den Wintermonaten (Kästen sind nicht frostsicher) auf Funktionsfähigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu reinigen. Die Flachkästen sind wartungsfrei.

Öffentliche Grünflächen

Die Vorkommensbereiche der Zaunedeckse innerhalb des Geltungsbereichs entlang der Lahrer Straße müssen als öffentliche Grünflächen ausgewiesen werden (siehe auch Plan zu den 1. Planungsrechtlichen Festsetzungen mit Stand 3. September 2019), wobei die vorhandenen Strukturen zu erhalten sind. Gegebenenfalls sind neue vergleichbare Strukturen zu schaffen u.a. mit Gehölzen.

Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG - CEF-Maßnahmen)**Nisthilfen**

Da durch den geplanten Eingriff Nistmöglichkeiten bzw. Niststätten für Höhlen- und Halbhöhlenbrüter wie Kohlmeise, aber auch planungsrelevante Arten wie Feldsperling und Star verloren gehen und da sich Höhlen in Bäumen, wenn überhaupt, nur langsam entwickeln, sind zur Unterstützung für den Feldsperling drei Höhlen-Nistkästen (alternativ zwei Sperlingskolonienhäuser) und für die Kohlmeise drei Höhlenbrüter-Nistkästen im Herbst 2019 auf der Maßnahmenfläche (Flurstück 1055) aufzuhängen. Da die genannten Arten derartige Nisthilfen sofort annehmen, stehen Ausweichnistsplätze bzw. neue Niststätten zur Verfügung.

Die Kästen sind jährlich außerhalb der Brutzeit (ab Oktober) auf Funktionstauglichkeit zu überprüfen und zu reinigen, u.a. Entfernen von Nistmaterial.

Naturschutzfachlich begleitende Maßnahmen inklusive Monitoring

Das gesamte Konzept schließt auch Maßnahmen zur Sicherung des angestrebten Zustands ein, wobei Funktions- und Wirkungskontrollen (Effektivitätskontrollen) durch den Versacher oder dessen Rechtsnachfolger zu tragen und von besonderer Bedeutung sind.

Da bei diesem Vorhaben umfangreiche Maßnahmen erforderlich sind, ist auch aus Vorsorgegesichtspunkten ein Risiko-Management festzusetzen.

Zentraler Bereich dieses Risiko-Managements ist eine naturschutzfachliche Bauüberwachung und die Verfolgung der Lebensraumentwicklung einschließlich einer Funktions- und Wirkungsanalyse der durchgeführten Maßnahmen sowie der Bestands- und Verbreitungsentwicklung bei Vogel-, Fledermaus- und Reptilien-Arten (Monitoring).

Nach dem Bau des Feuerwehrhauses muss in den darauf folgenden fünf Jahren die Funktion der Fläche für Vorsorgemaßnahmen bei Fledermaus überprüft werden. Die Kontrollen müssen ab dem ersten Jahr nach Errichtung des Feuerwehrhauses stattfinden. Im Jahr darauf muss eine erneute Überprüfung erfolgen, danach im fünften Jahr. Sollte sich herausstellen, dass sich die Bereiche nicht eignen bzw. nicht so entwickeln wie geplant, sind weitere Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Auch die öffentlichen Grünflächen müssen hinsichtlich der weiteren Besiedlung durch die Zaunedeckse in den ersten beiden Jahren nach Erstellung des Feuerwehrgebäudes überprüft werden.

Dadurch kann sichergestellt werden, dass gravierende Beeinträchtigungen bei diesen Tiergruppen bzw. ausbleibende Funktion und Wirkung der Maßnahmen nicht unbemerkt bleiben (Effizienz- und Erfolgskontrolle). Bei sich abzeichnender negativer Entwicklung hinsichtlich Bestand und Verteilung, aber auch hinsichtlich der Nutzung des Lebensraumes, müssen aus den vorliegenden Ergebnissen die Konsequenzen abgeleitet und in geeignete Maßnahmen men überführt werden, u.a. eine weitere Lebensraumaufwertung.

Eine naturschutzfachliche Bauüberwachung (= ökologische Baubegleitung), die auf einen orts- und sachkundigen Biologen mit guten faunistischen, aber auch tierökologischen Kenntnissen zurückgreift, ist zwingend erforderlich. Dadurch werden die verschiedenen Maßnahmen überwacht, begleitet und überprüft und damit gravierende Eingriffe verhindert, insbesondere hinsichtlich der Reptilienzäune. Ferner ist der Zeitplan der Baumaßnahmen mit der naturschutzfachlichen Bauüberwachung abzustimmen.

(Quelle: saP Dr. Boscher, Bioplan, Buhl, 02. September 2019)

5 Derzeitiger Umweltzustand und Auswirkungen der Planung

5.1 Derzeitiger Umweltzustand

5.1.1 Mensch

Unter dem Schutzgut Mensch ist im Allgemeinen die Bevölkerung und im Speziellen ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zu verstehen. Zur Wahrung dieser grundsätzlichen Daseinsfunktionen der Bevölkerung sind vordergründig die Schutzziele Wohnen, Regenerationsmöglichkeiten und Erholung zu betrachten.

Bei dem Planungsgebiet handelt es sich am Ortseingang von Meißenheim um einen bestehenden Gewerbebetrieb Ecke Lahrer Straße und Schillerstraße, ein Teilstück der Lahrer Straße sowie um Landwirtschaftsflächen, die als Acker oder Grünland mit Streuobst bewirtschaftet werden.

Für die Allgemeinheit ist die Fläche am Ortseingang als Erholungsraum von geringer Wertigkeit, da sie von der relativ stark befahrenden Lahrer Straße tangiert wird und aufgrund fehlender Wegebeziehungen nicht zugänglich ist.

Vorbelastungen für den Menschen im Hinblick auf Lärm und Abgase sind durch den Verkehr der Lahrer Straße sowie durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung gegeben.

Für das Schutzgut Mensch hinsichtlich der Erholungsfunktion wird das Planungsgebiet in eine geringe bis mittlere Wertigkeit eingestuft.

5.1.2 Fläche

Nach Aussage des Regionalplans Südlicher Oberrhein – Karte Freiraumstruktur – wird durch den Bebauungsplan geringfügig bereits ausgewiesene Siedlungsfläche und größtenteils Landwirtschaftsfläche der Vorrangflur 1 beansprucht.

Bei dem Planungsgebiet handelt sich nach Aussage der 3. Änd. des Flächennutzungsplans der VVG Schwanau - Meißenheim um gemischte Baufläche, Verkehrsfläche sowie um Landwirtschaftsfläche. Derzeit wird im Parallelverfahren der Flächennutzungsplan geändert.

Da es sich bei den Landwirtschaftsflächen um Flächen der Flurbilanz Stufe 1 handelt, die eine besondere Bedeutung für die Landwirtschaft haben, ist das Schutzgut Fläche mit hoher Wertigkeit zu bewerten.

5.1.3 Boden

Durch den Bebauungsplan werden Flächen überplant, die größtenteils nicht bebaut und versiegelt sind. Die nicht versiegelten Flächen nehmen vielfältige ökologische Funktionen wahr und stellen eine landbauwürdige Fläche sehr guter Qualität dar.

Von einer Vorbelastung kann bei einer intensiven Nutzung der Ackerfläche ausgegangen werden, wenn eine unsachgemäße Verwendung von Düngemitteln und Spritzmitteln stattfindet.

Nach Aussage des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, LRA Ortenaukreis, befindet sich auf dem Grundstück, Flst.-Nr. 59, der Altstandort „Bohnenblust/Kohlebürstenfabrik“, Objekt-Nr. 03577.



Die Behörde stellte fest,

- dass dort von 1958 bis 1972 die Firma Bohnenblust & Dietrich ansässig, die Kohlebürsten herstellte. Der Altstandort wurde wie folgt erkundet:
 - 1. Historische Untersuchung (Bericht des Ingenieurbüros Beller Consult, Freiburg, November 1997)
 - 2. Orientierende Untersuchung (Bericht des Instituts für Angewandte Geologie, Willstätt, Juli 1999)
 -Der Altstandort wurde am 29. September 1999 beim Landratsamt Ortenaukreis - Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz - auf Beweismiveau "BN 2" mit dem Handlungsbedarf "B = Belassen zur Wiedervorlage - Kriterium: Entsorgungsrelevanz" bewertet. Die Einstufung in "Belassen zur Wiedervorlage" bedeutet, dass, vorbehaltlich der derzeitigen Nutzung des Grundstückes, kein weiterer Handlungsbedarf besteht und eine weitere Bearbeitung nur in Betracht kommt, wenn sich bewertungsrelevante Sachverhalte ändern....
- Das Schutzgut Boden wird in eine hohe Wertigkeit eingestuft.
(s. Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung Schutzgut Boden).

5.1.4 Grundwasser

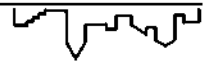
Das Planungsgebiet befindet sich im Bereich des Grundwasserleiters "Quartäre/Pliozäne Sande und Kiese im Obertheingraben", der eine hohe Bedeutung für das Grundwasserangebot besitzt.
Durch die bereits vorhandene Bebauung an der Schillerstraße und die Versiegelung der Lahrer Straße ist die Grundwassererneuerung im Planungsgebiet geringfügig beeinträchtigt.
Das Planungsgebiet besitzt für das Schutzgut Grundwasser mit Ausnahme des bereits bebauten Flst. Nr. 59 und der Landstraße eine sehr hohe Wertigkeit.

5.1.5 Oberflächengewässer

Oberflächengewässer sind innerhalb des Planungsgebiets und angrenzend nicht vorhanden.
Nach Aussage der Hochwassergefahrenkarte befindet sich das gesamte Planungsgebiet in keiner Überflutungsfläche.
Das Planungsgebiet besitzt für das Schutzgut Oberflächenwasser keine Bedeutung.

5.1.6 Klima/Luft

Mit Ausnahme des Flst. Nr. 59 und der Lahrer Straße handelt es sich bei dem Planungsgebiet um Landwirtschaftsflächen, die Kaltluftentstehungsgebiete darstellen und sich sehr positiv auf das Kleinklima auswirken. Die hier gebildete Kalt- bzw. Frischluft hat aufgrund der Hauptwindrichtung aus Südwesten im Rheintal geringen Einfluss auf die Siedlungsfläche der Gemeinde Meßenheim.
Vorbelastungen sind durch tangierende Lahrer Straße in geringem Umfang vorhanden.
Das Schutzgut Klima wird in eine mittlere Wertigkeit eingestuft.



5.1.7 Pflanzen- und Tierwelt

Bei dem Planungsgebiet handelt es sich mit Ausnahme des Flst.Nr. 59, das geprägt ist von den Biotoptypen "Gebäude", "versiegelte Fläche" und "Garten" und der L 118 um Landwirtschaftsflächen. Diese werden derzeit als Acker, Grünland mit kleinen Obstbäumen und Streuobstwiese bewirtschaftet und besitzen für die Pflanzen- und Tierwelt je nach Biotoptyp eine geringe bis mittlere Wertigkeit. (s. Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt).

Bzgl. der Tierarten wird auf die artenschutzrechtliche Prüfung (s. Kap.4) verwiesen.

5.1.8 Landschafts-/Ortsbild

Das Landschaftsbild am Ortseingang von Meißenheim ist geprägt von Landwirtschaftsflächen mit ihren Obstbäumen, der Landesstraße und der Ortsrandbebauung.

Auf das Ortsbild wirkt sich besonders die Grünfläche am Ortseingang sowie die prägenden Säuleneichen, die die Landesstraße einbinden, aus. Des Weiteren ist ein großer Walnussbaum auf Flst.Nr. 54 sehr dominant.

Das Schutzgut Landschaft-/Ortsbild wird in eine mittlere Wertigkeit eingestuft.

5.1.9 Kultur- und sonstige Schutzgüter

Ein Vorkommen von Denkmalen und Gesamtanlagen gemäß DSchG innerhalb des Planungsgebiets ist nicht bekannt.

5.2 Umweltauswirkungen der Planung

Bei der Abschätzung der Umwelterheblichkeit konnte auf die Ergebnisse nachfolgende **Gutachten** zurückgegriffen werden:

- Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung
erstellt von Dr. Boschert, Bioplan Bühl, 02. September 2019
- Schalltechnische Beratung zur Änderung des Flächennutzungsplans – Ansiedlung Feuerwehr im Bereich Schillerstraße,
erstellt von Dr. Jans, Büro für Schallschutz, Ettenheim, i.d.F. vom 28.02.2017

Bei der Beurteilung der Umweltauswirkungen sind zu berücksichtigen:

- **Baubedingte Wirkfaktoren**
 - Temporäre Flächeninanspruchnahme für Baustelleneinrichtung
 - Lärm, Stäube und Erschütterungen durch Baustellenfahrzeuge und sonstige Geräte im Gebiet und ggf. angrenzend
 - Unfälle während der Bauarbeiten (Leckagen von Tanks etc.)
- **Anlagebedingte Wirkfaktoren**
 - Beseitigung von Vegetation durch Flächenumwandlung
 - Verlust von Erholungsraum
 - Bodenverdichtung und Bodenversiegelung

- Reduzierung der Grundwasserneubildung durch Erhöhung des Oberflächenwasserabflusses
 - Veränderung des Mikroklimas durch Temperaturanstieg aufgrund von Versiegelung
 - Auswirkungen auf Biotopstrukturen und die Tierwelt
 - Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes
 - Betriebsbedingte Wirkfaktoren
 - Schadstoff- und Lärmbelastung durch Verkehr
 - Treibhausgasemissionen durch Verkehr
 - Lichtemissionen und Blendung durch Spiegelung
 - Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes durch fehlende Einbindung zur freien Landschaft
- Bei der nachfolgenden tabellarischen Beurteilung der Auswirkungen durch den Bebauungsplan "Schmidtenbühn" wurde der Eingriff, der durch die geplante Bebauung im Mischgebiet, im Bereich der Gemeinbedarfsfläche und durch die Erschließungsstraße entsteht, zugrunde gelegt.

Fachliche Prüfung

Auswirkungen auf den Menschen	
Funktion und Werte	Beeinträchtigung

Gesundheitliche Aspekte	
Lärm	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die Lärmsituation der Umgebung haben (Straßenverkehr, Flugverkehr, Freizeidlärm etc.)?
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ¹
	Sind Probleme im Hinblick auf die Lärmsituation innerhalb des Bebauungsplans zu erwarten?
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ¹

¹ In der Aktennotiz vom 28.02.2017 erstellt von Dr. Jans, Büro für Schallschutz wird erläutert, dass um die Realisierbarkeit eines Feuerwehrgarstellhauses am nordöstlichen Rand der Lehrer Straße (L 118) unmittelbar südöstlich des derzeitigen Ortes aus schallschuttsicherer Sicht beurteilen zu können, in der vorliegenden Untersuchung die in der schutzbedingten Nachbarschaft durch den bestehenden Betrieb der Huber Maschinenbauteile GmbH verursachte Lärmbelastung ermittelt wurde.

- ausgehend von den von der Fa. Huber mitgeteilten betrieblichen Randbedingungen nachgewiesen wurde, dass durch den derzeitigen Betrieb bei den im vorliegenden Fall maßgebenden Immissionsorten a, d und f die dort geltenden Immissionsrichtwerte um jeweils mindestens 3 dB(A) unterschritten werden.

- diese Unterschreitung der Referenzwerte aufgrund der örtlichen Gegebenheiten (räumlicher Abstand, bestehende Abschirmung durch Gebäude, Orientierung von Lärmwirkungen usw.) sowohl eine mögliche Erweiterung der Fa. Huber in Richtung Südosten und auch den Betrieb eines Feuerwehrgarstellhauses am nordöstlichen Rand der Lehrer Straße ohne nennenswerte schallschützliche Einschränkungen zu lässt.

Lufthygiene	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die lufthygienische Situation der Umgebung (Luftverunreinigungen durch Partikel (z.B. Staub und Ruß), Gase (z.B. Kohlenmonoxid, Stickstoffdioxid) oder Gerüche - Quellen: Wald, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Verkehr etc.) haben?
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ²
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme im Hinblick auf die lufthygienische Situation zu erwarten?
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ²

² Derzeit sind keine negativen Auswirkungen im Hinblick auf die Lufthygiene bekannt.

	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Erschütterungen	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen auf die Umgebung aufgrund von erzeugten Erschütterungen (Industrieverfahren, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme mit erzeugten/vorhandenen Erschütterungen zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Elektromagnetische Felder	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen (z.B. Reizströme bei niederfrequenten Feldern, Wärmewirkungen bei hochfrequenten Feldern, Lichtverschmutzungen wie Blendung und Aufhellung) auf die Umgebung aufgrund von erzeugten elektromagnetischen Feldern (z.B. durch Hochspannungsleitungen und Sendeanlagen) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme mit erzeugten/vorhandenen elektromagnetischen Feldern zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Risiken durch Unfälle oder Katastrophen	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen durch Unfälle und Katastrophen auf die Umgebung haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Risiken durch Unfälle oder Katastrophen zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
*3 Derzeit liegen hierzu keine Angaben vor.			
Auswirkungen durch erzeugte Abfälle	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen durch erzeugte Abfälle haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*4
*4 Die im Bereich des Bebauungsplans erzeugten Abfälle werden ordnungsgemäß über die Abfallwirtschaft des Ortsanlaufes entsorgt. Die Abwasserentsorgung erfolgt über ein entsprechendes Entwässerungssystem zur Kläranlage des Abwasserzweckverbands.			
Freizeit- und Naherholung			
Grünflächen in der Ortslage	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen auf öffentliche Grünflächen (Spielplatz, Parkplatz, etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*5
	Verbessert sich innerhalb des Bebauungsplans durch die Anlage von Grünflächen die Erholungsfunktion?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*6
*5 Bisher handelte es sich bei dem Planungsgebiet größtenteils um Landwirtschaftsflächen, die nur von der L 118 aus erlebbar waren. Somit werden keine öffentlichen Grünflächen beansprucht.			
*6 Da innerhalb des Bebauungsplans keine Grünflächen mit Zweckbestimmung "Erholung" ausgewiesen und angelegt werden, gibt es keine positiven Auswirkungen auf die Erholungsfunktion.			
Freie Landschaft (Landwirtschaftsfläche, Wald)	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen auf die umgebende freie Landschaft (Verlust von Naturnähe und Vielfalt, Verlust von prägenden Einzelementen, Beeinträchtigung der Zugänglichkeit und Blickbeziehungen etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*7
*7 Da der Bebauungsplan Landwirtschaftsflächen beansprucht, die z.T. naturnah und vielfältig sind, entsteht ein Verlust. Dieser wird jedoch durch den Erhalt von Wiesenflächen mit Obstgehölzen am Ortsrand kompensiert.			

Auswirkungen auf Natur und Landschaft		
Schutzgut	Funktion und Werte	
Beeinträchtigung		
Fläche		
Nutzungsumwandlung	<input type="checkbox"/> ja ¹	<input type="checkbox"/> nein
Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe 1 (lt. Flurbilanz Ba-WÜ)	<input type="checkbox"/> ja ²	<input type="checkbox"/> nein
Versiegelung	<input type="checkbox"/> ja ³	<input type="checkbox"/> nein
Zerschneidung	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁴
<p>¹ In der rechtswirksamen 3. And. des Flächennutzungsplans der VG Schwanau - Meßenheim handelt es sich um gemischte Baufläche, Verkehrsfläche sowie um Landwirtschaftsfläche. Derzeit wird im Parallelverfahren der Flächennutzungsplan geändert.</p> <p>² Nach Aussage der Raumnutzungskarte des Regionalplans Südlicher Oberrhein handelt es sich bei dem Planungsbereich um Siedlungsfläche Bestand - Wohn- u. Mischgebiet und um Landwirtschaftsflächen Vorrangflur Stufe 1.</p> <p>³ Mit Realisierung der Bebauung findet Versiegelung statt.</p> <p>⁴ Zu einer Zerschneidung der Flur kommt es nicht, da die neu überplante Fläche sich direkt im Nordwesten an vorhandene Bebauung anschließt und im Südwesten von der L 118 begrenzt wird.</p>		
Boden		
Ausgleichskörper im Wasserkreislauf	<input type="checkbox"/> ja ⁵	<input type="checkbox"/> nein
Speicher, Filter und Puffer für Schadstoffe	<input type="checkbox"/> ja ⁵	<input type="checkbox"/> nein
Lebensgrundlage / Lebensraum / Standort für Kulturpflanzen bzw. für natürliche Vegetation	<input type="checkbox"/> ja ⁵	<input type="checkbox"/> nein
Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁵
Altlasten	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁵
<p>⁵ Durch den Bebauungsplan wird eine Bebauung und Versiegelung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen ermöglicht. Dadurch kommt es zu Beeinträchtigungen der verschiedenen Bodenfunktionen. (s. Eingriffs/Ausgleichsplan Schutzgut Boden)</p> <p>Bodenkmale sind nicht bekannt. Angaben zu Altlasten s. Kap. 5.1.3.</p>		
Grundwasser		
Neubildung	<input type="checkbox"/> ja ⁶	<input type="checkbox"/> nein
Dynamik (Strömung, Flurabstand)	<input type="checkbox"/> ja ⁶	<input type="checkbox"/> nein
Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁶
<p>⁶ Durch den Bebauungsplan wird eine Bebauung und Versiegelung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen ermöglicht. Dadurch kommt es zur Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate im Bereich der hydrogeologischen Einheit "Quartäre/Pliozäne Sande und Kiese im Oberrheingraben", die eine hohe Wertigkeit besitzt.</p>		
Oberflächengewässer		
Name:		
Struktur (Aue, Ufer, Gewässerbett)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁷
Dynamik (Strömung, Hochwasser)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁷
Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein ⁷
⁷ kein Oberflächengewässer vorhanden		

Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Klima/Luft			
	Luftqualität	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
	Kaltluftentstehung und -bahnen	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
	Besonnung u. Reflektion (Temperatur/Bioklima)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
	Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
*8 Die geplante Bebauung und Neuversiegelung beeinträchtigt das Kleinklima, da bei bebauten und versiegelten Flächen die kühlende Verdunstung von Vegetationsbeständen fehlt.			
Pflanzen- / Tierwelt			
	Biotoptypen: <ul style="list-style-type: none"> - Straßen - Gebäude, versiegelte Flächen und Garten - kleine Grünfläche am Ortseingang mit Säuleneichen - Acker- und Grünlandflächen mit Obstbäumen - Prägnanter, großer Walnussbaum auf Flst.Nr. 53 (s. Eingriffs/Ausgleichsbilanzierung Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt)	<input checked="" type="checkbox"/> ja *9	<input type="checkbox"/> nein
	Artenschutz: <ul style="list-style-type: none"> - Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP), erstellt von Dr. Boschert, Bioplan, Bühl, 02. September 2019 (s. Kap. 4) 	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*10
*9 Die geplante Bebauung und Neuversiegelung beansprucht diverse Biotoptypen unterschiedlicher Wertigkeit. (s. Eingriffs/Ausgleichsbilanzierung Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt) *10 Nach Aussage des Gutachters liegen keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG durch den Bebauungsplan vor, wenn die notwendigen Vermeidungs-, Vorsorge- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen sowie die Vorgaben zu Bauüberwachung und Monitoring umgesetzt werden.			
Landschafts-/Ortsbild			
	Eigenart / Historie des Orts- bzw. Landschaftsbildes	<input checked="" type="checkbox"/> ja*11	<input type="checkbox"/> nein
	Vielfalt und Naturnähe	<input checked="" type="checkbox"/> ja*11	<input type="checkbox"/> nein
*11 Durch eine Bebauung am Ortsrand von Meißenheim verändert sich das Ortsbild sowie die Vielfalt und Naturnähe.			
Kultur- und sonstige Sachgüter			
	Denkmale und Gesamtanlagen gemäß DSchG	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*12
*12 Vorkommen nicht bekannt.			
Wechselwirkungen der Schutzgüter			
Die mit der Bebauung entstehende Beeinträchtigung des Schutzguts Boden wirkt sich unmittelbar auf die Schutzgüter Grundwasser (Grundwasserneubildungsrate), Pflanzen- und Tierwelt (Verlust von Lebensraum) und das Klima (Verlust von kühlender Verdunstungsfläche) aus.			

Schutzgut		Funktion und Werte		Beeinträchtigung	
Sonstige Aspekte					
Kumulierung mit anderen Vorhaben	Können die Auswirkungen des Bebauungsplans mit Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Planungsgebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme zur Kumulation führen?	[] ja	[x] nein ¹		
¹ Nach derzeitigem Kenntnisstand kommt es zu keiner kumulierenden Wirkung mit anderen Vorhaben.					
Nutzung erneuerbarer Energien	Zu diesen Belangen trifft der Bebauungsplan keine gesonderten Festsetzungen. Hinsichtlich der Nutzung von erneuerbaren Energien sowie der Energieeinsparung wird vielmehr auf die bestehenden und zudem stetig fortentwickelten gesetzlichen Regelungen in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen.	[] ja	[] nein		
Eingesetzte Techniken und Stoffe	Für die Durchführung der geplanten Vorhaben werden voraussichtlich nur allgemein häufig verwendete Techniken und Stoffe angewandt bzw. eingesetzt.	[] ja	[] nein		

Die Umweltprüfung gemäß § 1a BaugB i.V.m. § 18 BNatSchG für die Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass mit keinen erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist.

6 Maßnahmen innerhalb des Planungsgebiets

6.1 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für den Artenschutz

Mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (sAP) wurde Dr. Bo-scher, Bioplan, Bühl, von der Gemeinde Meßenheim beauftragt. Nachfolgende Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen wurden in die Planungsrechtlichen Festsetzungen für das Planungsgebiet als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufgenommen.

Baufeldräumung

Die Baufeldräumung, insbesondere der Umbau oder Veränderungen an Gebäuden und die Rodung der Gehölze, ist außerhalb der Fortpflanzungszeit von Vögeln (in der Regel von September bis Februar bestimmt durch die früh bzw. spät brütenden Arten mit einer Brutzeit von März bis Mitte/Ende August), damit keine Nester und Gelege zerstört werden, durchzuführen. Die gesetzlichen Vorschriften beim Fällen oder Roden von Gehölzen müssen darüber hinaus berücksichtigt werden.

Die Fall- und Rodungs- sowie Umbauarbeiten sind außerhalb der Aktivitätszeit dieser Tiergruppe in der Zeit von Ende November bis Ende Februar durchzuführen. Dabei gilt es, eine Frostperiode, besser zwei Frostperioden, abzuwarten. Eine Frostperiode besteht aus drei Frostnächten. Dadurch wird sichergestellt, dass sich keine Fledermäuse mehr in Spalten befinden, da diese nicht frostsicher sind.

Sollte dies nicht möglich sein, muss im Vorfeld kurz vor der Räumung durch einen sachverständigen Ornithologen bzw. Fledermauskundler eine Nester-suche bzw. Kontrolle stattfinden. Bei positivem Befund kann eine Baufeld-räumung nicht stattfinden.

Eine konsequente Überwachung ist während der Bauphase durchzuführen, damit von Vögeln temporäre Strukturen, u.a. Lagerung von Holz bzw. Schnittgut von Gehölzen oder Sukzessionsbereiche auf Bau- bzw. Lagerflä-chen, nicht als Brutplatz genutzt werden. Hierzu ist eine naturschutzfachliche Baubegleitung notwendig.

Maßnahmen für Mauer- und Zauneidechse/Reptilienzäune

Ab September 2019 sind an den Außenbereichen des Geltungsbereiches an der Lahrer Straße und am östlichen Siedlungsbereich von Meißenheim Rep-tilienzäune aufzustellen. Die Reptilienzäune sind in das Erdreich einzugra-ben und müssen eine Höhe von mindestens 50 cm aufweisen. Der Zaun so-wie die Befestigungspfosten müssen eine glatte Oberfläche besitzen, um ein Überklettern der Tiere von außen nach innen auszuschließen. Der Reptilien-zaun muss die gesamte Bauzeit über stehen bleiben. Erst nach vollständiger Fertigstellung darf er wieder entfernt werden bzw. nach Freigabe des Rück-baus durch die naturschutzfachliche Baubegleitung.

Noch im Herbst 2019 muss regelmäßig kontrolliert werden, ob sich noch In-dividuen beider Arten im vorgesehenen Eingriffsbereich aufhalten. Falls noch Individuen vorhanden sind, müssen diese auf die öffentliche Grünfläche um-gesetzt werden. Erst danach kann jeweils mit dem Bau begonnen werden.

Der gesamte Baubereich muss während der gesamten Bauphase regelmä-ßig überprüft werden inklusive der Funktionskontrolle der Zäune, um auch hier ein Einwandern von Individuen in den Bereich der Bautätigkeiten zu ver-hindern. Eine naturschutzfachliche Baubegleitung, die die Kontrollen spätes-tens alle 10 bis 14 Tage durchführt, ist einzurichten.

Entlang des Zaunes muss während der gesamten Bauphase die aufwach-sende (Ruderal-)Vegetation regelmäßig zurückgedrängt werden. Wichtig ist, dass nicht gemulcht wird, da der Mulch weiterhin Unterschlupf bietet. Auch dies muss durch eine naturschutzfachliche Baubegleitung überwacht wer-den.

An den Reptilienzäunen müssen an der Baufeldseite ungefähr alle zehn Me-ter jeweils kegelförmige Erdwälle errichtet werden, welcher bis zur Kante des Zaunes reichen.

Rechtzeitig vor Baubeginn im Bereich des Mischgebietes sind Vermeidungs-und Vorsorgemaßnahmen, u.a. Anlage von Ersatzhabitaten und Umsetzung der Mauereidechsen durchzuführen. Im Bauantrag sind diese Maßnahmen vorzusehen.

Maßnahmen für Zauneidechse

Die vorhandenen Strukturen innerhalb der Verkehrsgrünflächen entlang der Lahrer Straße sind zu erhalten. Gegebenenfalls sind neue vergleichbare Strukturen zu schaffen. Bei der extensiven Unterhaltung ist das Mähgut ab-zutransportieren.



Maßnahmen für die Kreuzkröte und Gelbbauchunke

Falls sich während der Bauzeit wassergefüllte Fahrspuren oder größere flache, durch Regenwasser gefüllte Pfützen bilden, sind diese umgehend zu beseitigen, damit dort keine Kreuzkröten laichen können.

Bauzeitenbeschränkung

Alle zwischen Anfang März und Mitte November durchzuführenden Bauarbeiten müssen außerhalb der nächtlichen Aktivitätszeit der Fledermäuse stattfinden (diese dauert etwa 20 Minuten vor Sonnenuntergang bis 15 Minuten vor Sonnenaufgang), also zwischen 15 Minuten vor Sonnenaufgang und 20 Minuten vor Sonnenuntergang. Dies reduziert auch die Störreize u.a. für nachtaktive Vogelarten.

Vermeidung von Lichtemissionen

Zur Vermeidung von erheblichen Auswirkungen durch Lichtmissionen zum umliegenden Offenland auf die lokale Fledermauspopulation muss im Wohngebiet grundsätzlich auf eine starke und diffuse Straßen- und Grundstücksbeleuchtung verzichtet werden. Hierzu ist der Einsatz einer nach oben hin abgeschirmten und gezielt auf den Weg- bzw. Fahrbahnbereich gerichteten Straßenbeleuchtung sowie einer leuchtungsarmen, bodennah installierten und ebenfalls nach oben abgeschirmten schwachen LED-Beleuchtung auf den Grundstücken mit möglichst großem Abstand zum Offenland notwendig. Es ist künstliches Licht mit einem geringen Blauanteil zu verwenden.

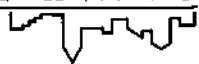
Erhalt der Obstbaumreihe auf Flst.Nr. 53 und Erhalt des Nussbaums

Der vorhandene Obstgehölzbestand im Bereich der Landwirtschaftsfläche auf Flst.Nr. 53 ist zu erhalten und zu pflegen. Bei Ausfall der Obstbäume sind Hochstamm-Obstbäume der Sortierung 10/12 nachzupflanzen und dauerhafte Baumpflege ist durchzuführen. Im Kronenbereich der Obstbäume ist eine punktuelle Düngung bei Bedarf möglich. Es ist eine extensive Wiesenpflege mit max. 2-schüriger Mahd pro Jahr (1. Schnitt nach Überschreiten des Hauptblütezeitpunktes der Gräser, 2. Schnitt frühestens 6 Wochen später) durchzuführen. Das Mähgut ist abzutransportieren. Der im "Zeichn. Teil" dargestellte Laubbaum (Nussbaum) auf Flst.Nr. 53 ist zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. Bei Ausfall ist Ersatz zu leisten.

Naturschutzfachlich begleitende Maßnahmen inklusive Monitoring

Es ist eine naturschutzfachliche Bauüberwachung und die Verfolgung der Lebensraumentwicklung einschließlich einer Funktions- und Wirkungsanalyse der durchgeführten Maßnahmen sowie der Bestands- und Verbreitungsentwicklung bei Vogel-, Fledermaus- und Reptilien-Arten (Monitoring) durch einen orts- und sachkundigen Biologen mit guten faunistischen, aber auch tierökologischen Kenntnissen durchzuführen. Dabei sind die verschiedenen Maßnahmen zu überwachen, zu begleiten und zu überprüfen, damit gravierende Eingriffe insbesondere hinsichtlich der Reptilienzäune verhindert, wer-

Baumaßnahmen abzustimmen.



Nach dem Bau des Feuerwehrhauses muss in den darauf folgenden fünf Jahren die Funktion der Fläche für Vorsorgemaßnahmen bei Fledermäusen überprüft werden. Die Kontrollen müssen ab dem ersten Jahr nach Errichtung des Feuerwehrhauses stattfinden. Im Jahr darauf muss eine erneute Überprüfung erfolgen, danach im fünften Jahr. Sollte sich herausstellen, dass sich die Bereiche nicht eignen bzw. nicht so entwickeln wie geplant, sind weitere Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Auch die öffentlichen Grünflächen müssen hinsichtlich der weiteren Besiedlung durch die Zauneidechse in den ersten beiden Jahren nach Erstellung des Feuerwehrgebäudes überprüft werden.

6.2 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für die Eingriffsregelung

Vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, die durch einen Eingriff verursacht werden können, sind zu unterlassen (§ 15 (1) BNatSchG). Die nachfolgend aufgeführten und im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen haben zum Ziel die Eingriffe zu vermeiden und zu minimieren.

Schutz des Oberbodens

Durch Abschieben des Oberbodens zu Beginn der Erdarbeiten gemäß DIN 18915 Blatt 2, fachgerechte Zwischenlagerung und Weiterverwendung soll der Verlust von belebtem Oberboden vermieden werden (baubedingte Beeinträchtigung).

Reduzierung des Versiegelungsgrades

Die Verwendung wasserdurchlässiger Belagsarten (wassergebundene Decke, Dränpflaster, Fugenpflaster etc.) kann zu einer Verringerung der Abflussrate führen; dadurch werden Abflussspitzen bei Starkregen verringert und das Kanalnetz entlastet. Außerdem kann die Reduzierung der Grundwasserneubildung minimiert werden.

Anpflanzung von Laubbäumen

An den im Bereich der Gemeinbedarfsfläche "Feuerwehr" sowie im Bereich der öffentlichen Verkehrsgrünflächen im "Zeichn. Teil" dargestellten Standorten sind standortgerechte Laubbäume (StU 12/14; 3xv) entsprechend der Artenliste bzw. vergleichbare Sorten anzupflanzen und zu unterhalten.

Zur L 118 ist mit dem Bäumen ein Abstand von 7,50 m zum Fahrbahnrand einzuhalten.

Die erforderlichen Pflanzgruben sind ausreichend zu dimensionieren. Bei Ausfall ist Ersatz zu leisten..

Anlage einer Wiese

Der nördliche Bereich der Gemeinbedarfsfläche "Feuerwehr" ist als Wiese mit einer standortgerechten Kräuter-/Grasmischung anzusäen und zu unterhalten.

Aufgrund der Nutzung als Übungsfläche für die Feuerwehr ist die Wiesenvegetation regelmäßig zu mähen. Das Mähgut ist abzutransportieren. Bei Bedarf ist auch das Mulchen der Fläche zulässig.



Anlage von Verkehrsgrünflächen
Die als Verkehrsgrünflächen gekennzeichneten öffentlichen Grünflächen nördlich des Feuerwehrhauses sind mit einer standortgerechten Saatgutmischung als Wiese anzulegen und extensiv zu pflegen. Das Mähgut ist abzutransportieren.

Erhalt von Laubbäumen

Die im "Zeichn. Teil" dargestellten Laubbäume (Säuleneichen) im Bereich der Verkehrsgrünflächen sowie auf Flst.Nr. 57 sind zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. Bei Ausfall ist Ersatz zu leisten.

Eingriffs- / Ausgleichsbilanz lt. ÖKVO

7

Das geplante Vorhaben lässt sich nicht konfliktfrei zu den Ansprüchen und Zielsetzungen von Naturschutz und Landschaftspflege realisieren. Es stellt einen Eingriff nach § 14 BNatSchG i.V.m. § 14 NatSchG dar. Die naturschutzrechtliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung nach § 1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG hat das Anliegen, erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes, die durch Eingriffe in Natur und Landschaft verursacht werden zu vermeiden, zu minimieren bzw. ggf. durch Ausgleichs-/ Ersatzmaßnahmen zu kompensieren.

Bei dem Geltungsbereich des B-Plans "Schmidtenbühn" handelt es sich um eine Fläche, die derzeit, mit Ausnahme des bestehenden Gewerbebetriebes an der Schillerstraße, landwirtschaftlich als Acker und Grünland zum Teil mit jungen und älteren Obstbäumen, genutzt wird.

In den nachfolgenden Kapiteln wird der derzeitige Umweltzustand des Gebietes "Schmidtenbühn" für die Schutzgüter Boden und Pflanzen-/Tierwelt dargestellt, die Umweltauswirkungen, die durch die Aufstellung des Bebauungsplans vorbereitet werden, beurteilt. Die Bewertung der Schutzgüter Boden und Pflanzen-/Tierwelt erfolgt nach den Vorgaben der Ökokontoverordnung, Stand 2010.

In die Bewertung des derzeitigen Umweltzustands fließen die Art der heutigen Nutzung, die Nutzungsintensität und ggf. daraus resultierende Vorbelastungen sowie die natürlichen Ausgangsfaktoren ein.

Bei der Bewertung der Umweltauswirkungen der Planung wurde der Zeichnerische Teil des Bebauungsplans "Schmidtenbühn" mit Stand vom 03.09.2019 incl. der Planungsrechtlichen Festsetzungen zugrunde gelegt.

7.1 Schutzgut Boden

Bestandsbeschreibung und -bewertung

Nach Aussage der Bodenübersichtskarte ist das Planungsgebiet als Siedlungsfläche im Bereich der Lahrer Straße und dem Flst.Nr. 59, auf dem bereits ein Gewerbebetrieb vorhanden ist, ausgewiesen. Somit gibt es für diese bereits versiegelten bzw. bebauten Bereiche keine Angaben zu den Bodenfunktionen, die aufgrund der Nutzung stark beeinträchtigt bzw. nicht vorhanden sind.
Nach Süden schließen sich an die vorhandene Bebauung landwirtschaftliche Nutzflächen an.

Im Bereich der Landwirtschaftsfläche besteht die Bodengesellschaft aus Pararendzina und Parabraunerde. Es handelt sich um lehmigen Schluff, schluffigen und schluff-tonigen Lehm über Schluff. Nach Aussage der Bodenübersichtskarte befindet sich diese Bodengesellschaft im Lößhügelland zwischen Offenburg und Baden.

Das Schutzgut Boden erfüllt hier wichtige Funktionen im Ökosystem. Boden ist der Standort für Arten und Lebensräume und schützt das Grundwasser. Das Schutzgut Boden ist wichtig für die Regulierung des Wasserhaushalts und dient als Filter und Puffer für Stoffeinträge.

Die Bewertung der Bodenfunktionen des Planungsgebietes erfolgt nach dem Leitfaden "Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit", Heft Bodenschutz 23, LUBW 2010 unter Berücksichtigung der Angaben der Bodenkarte von Baden-Württemberg, M. 1:50.000 des GeoLa (Integrierte Geowissenschaftliche Landesaufnahme).



Plan: Schutzgut Boden – Bestand





(Quelle: Geola des Regierungspräsidiums Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, 2019)




Bewertung der Bodenfunktion – Bestandnach Heft "Bodenschutz 23"¹

Flächen im Plan Boden-Bestand	Flächen-größe m²	Wertigkeit der Bodenfunktionen vor Eingriff				Gesamt-bewert.	ÖP lt. ÖKVO/m²	Summe ÖP	Bemerkungen
		NatBo	AkiWas	FiPu	NatVeg				
dunkelgrau	3.912	0	0	0	0	0,000	0,00	0	keine Angaben
grün	10.381	3	3	3		3,000	12,00	124.572	unversiegelt
Gesamt-größe	14.293					Gesamtsumme:		124.572	

 Gesamtbewertung durch arithmetisches Mittel der Bodenfunktionen "NatBo.", "AkiWas" und "FiPu"

 keine hohe oder sehr hohe Bewertung von "NatVeg"

 Bewertung der Bodenfunktion "NatVeg." Maßgebend für Gesamtbewertung

Für das Planungsgebiet ergibt sich insgesamt für das Schutzgut Boden lt. Ökokontoverordnung eine Wertigkeit von **124.572 Ökopunkten²**.

Auswirkungen der Planung

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans werden ca. 1,43 ha überplant. Es wird die Möglichkeit geschaffen, dass ca. 3.442 m², ausgewiesen als Mischgebiet, ergänzend bzw. neu überbaut bzw. durch Nebenanlagen (max. 0,8) versiegelt werden können

Des Weiteren wird der Bau eines Feuerwehrhauses incl. Übungsgelände durch die Ausweisung einer Fläche für den Gemeinbedarf mit insgesamt 4.763 m² ermöglicht.

Der erforderliche Ausbau der Lahrer Straße (L 118) sowie der Erschließungsstraße beanspruchen mit einseitigem Gehweg ca. 2.971 m².

MI = ca. 3.442 m² x max.0,8 = ca. 2.754 m² (überbaute Fläche)
= Restfläche = ca. 688 m² (nicht versiegelte Fläche)

Flächen für den Gemeinbedarf

davon - Gebäude = ca. 791 m² (überbaute Fläche)
- Asphaltfläche = ca. 1.363 m² (versiegelte Fläche)
- Stellplätze - WD = ca. 363 m² (befestigt in WD)
- kl. Grünfläche = ca. 889 m² (nicht versiegelte Fläche)
- Wiesenfläche = ca. 1.357 m² (nicht versiegelte Fläche)

Straße / Gehweg = ca. 2.971 m² (versiegelte Fläche)

Öffentl. Grünfl./Verkehrsgrün = ca. 958 m² (nicht versiegelte Fläche)

Landwirtschaftsfläche = ca. 2.159 m² (nicht versiegelte Fläche)

max. versiegelbare Fläche/Planung = ca. 8.242 m² (überbaut u. befestigt)

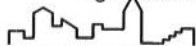
versiegelte Fläche / Bestand* = ca. 2.230 m² (überbaut u. befestigt)

Neuversiegelung: = ca. 6.012 m²

* Angaben lt. Biotoptypenkartierung

¹ vgl. Leitfaden "Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit", Heft Bodenschutz 23, LUBW 2010




² vgl. Ökokontoverordnung vom 19.12.2010



Bewertung der Bodenfunktion – Planung

nach Heft "Bodenschutz 23"

Flächen im Zeichn. Teil des B-Plans	Flächen- größe m²	Wertigkeit der Bodenfunktionen nach Eingriff	NatBo	AkWiWas	FIPu	NatVeg	Gesamt ÖP lt. bewert. ÖKVO/m²	ÖP Summe	Bemerkungen
Straßen / Gehwege	2.971	0	0	0	0	0		0	versiegelt (Asphalt, Pflaster)
GE: GRZ 0,8	2.754	0	0	0	0	0		0	überbaute / versiegelte Fläche
Restfläche	688	3	3	3	3		3,000	12,00	8.256 nicht versiegelt
Gemeinbedarfsfläche davon									
Gebäude	791	0	0	0	0	0		0	überbaute Fläche
Asphaltfläche	1.363	0	0	0	0	0		0	versiegelte Fläche
Stellplätze in WD	363	0	2	1			1,000	4,00	befestigt in WD
Kl. Grünfläche	889	3	3	3	3		3,000	12,00	nicht versiegelte Fläche
Wiesenfläche	1.357	3	3	3	3		3,000	12,00	nicht versiegelte Fläche
Öffentl. Grünfläche / Verkehrsr Grün	958	3	3	3	3		3,000	12,00	11.496 Grünfläche
Landwirtschaftsfläche	2.159	3	3	3	3		3,000	12,00	25.908 Grünfläche
Gesamtgröße	14.293						Gesamtsumme:	74.064	

 Gesamtbewertung durch arithmetisches Mittel der Bodenfunktionen "NatBo.", "AkWiWas" und "FIPu"
 keine hohe oder sehr hohe Bewertung von "NatVeg"
 Bewertung der Bodenfunktion "NatVeg." Maßgebend für Gesamtbewertung

Bestand	124.572	Ökopunkte
Planung	74.064	Ökopunkte
Ausgleichsdefizit	50.508	Ökopunkte

Ein vollständiger Ausgleich der Eingriffe in das Schutzgut Boden ist innerhalb des Gebietes nicht möglich. Es ergibt sich ein rechnerisches **Ausgleichsdefizit von 50.508 Ökopunkten** (in Anlehnung an ÖKVO).

7.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

Bestandsbeschreibung und -bewertung

Biotoptypenkartierung

Aufbauend auf die Biotoptypenkartierung des Planungsbüros Fischer wurde eine Bilanzierung nach Ökokontoverordnung erstellt.

Plan: Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt – Bestand



(Quelle: Bestandsplan Büro Fischer, September 2018)

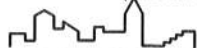


Tabelle: Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt – Bewertung des Bestandes²

Nr.	Biotoptyp (Nr.)	Feinmodul	Faktor	Biotoptwert	Fläche [ca. m ²]	Ökopunkte
1	Gebäude	1	-	1	905	905
2	Pflaster	1 - 2	-	1	259	259
	(60,10)					
3	Schotter	2 - 4	-	2	204	408
	(60,22)					
4	Garten	6 - 12	-	8	519	4.152
	(60,23)					
5	Straße / Asphalt	1	-	1	862	862
	(60,60)					
6	Fettwiese mittl. Stö / Grünlandansa	8 - 13 - 19 / 6	-	7	1.058	7.406
	(33,41 / 33,60)					
7	Kleine Grünfläche - Ortseingang	4 - 8	-	4	182	728
	(60,50)					
8	Acker	4 - 8	-	4	4.897	19.588
	(37,10)					
9	Fettwiese mittl. Stö	8 - 13 - 19	-	13	1.138	14.794
	(33,41)					
10	Fettwiese mittl. Stö mit kl. Obstbäumen	8 - 13 - 19 / +3 - +6 - +9	-	16	2.418	38.688
	(33,41 / 45,40b)					
11	Streuobstwiese	8 - 13 - 19 / +3 - +6 - +9	-	19	1.851	35.169
	(33,41 / 45,40b)					
12	Einzelbäume - Säuleneichen	3 - 6	-	3	(420)	1.260
	(45,10 - 45,30b)					
	7 Stck x Ø StU 60					
13	Walnussbaum	3 - 6	-	6	(250)	1.500
	(45,10 - 45,30b)					
	1 Stck x StU 250					
	Summe				14.293	125.719

- * 1 mit älteren Koniferen, Hecke und Sträuchern
 * 2 2/3 Fettwiese mittl. Stö aufgrund Artenarmut Biotoptwert 8
 * 3 1/3 Grünlandansa Biotoptwert 6;
 Zierbaum

Für das Planungsgebiet ergibt sich insgesamt für das Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt lt. Ökokontoverordnung eine Wertigkeit von 125.719 Ökopunkten.

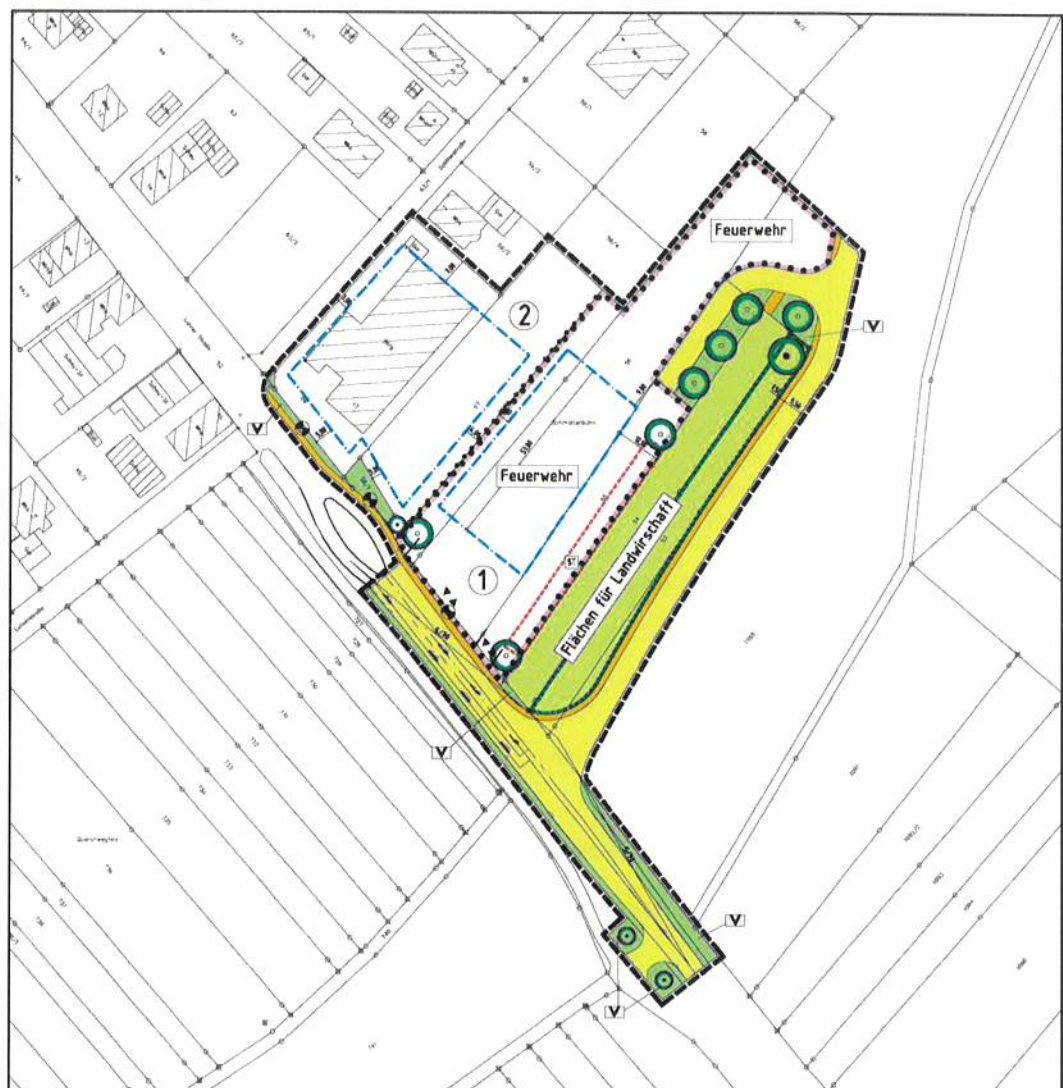
Auswirkungen der Planung

Eingriffsbilanzierung Biotoptypen

Im Rahmen der Schriftlichen Festsetzungen zum B-Plan "Schmidtenbühn" wurden Grünordnerische Festsetzungen getroffen. Bei diesen Grünordnerischen Festsetzungen handelt es sich um Maßnahmen, die eine Vermeidung und Minimierung der Eingriffe zum Ziel haben, und um Gestaltungsmaßnahmen.

Für das Planungsgebiet wurden aufbauend auf den Zeichnerischen Teil des Bebauungsplans die zukünftigen Biotoptypen nach der Ökokontoverordnung bilanziert. Anschließend erfolgte eine Gegenüberstellung mit dem Bestandswert des Gebietes, um das rechnerisch zu bilanzierende Ausgleichsdefizit ermitteln zu können.

Plan: Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt - Planung



(Quelle: Zeichnerischen Teils des Bebauungsplans, Büro Fischer, i.d.F. vom 03.09.2019)

Tabelle: Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt - Bewertung der Planung³

Nr.	Biotoptyp (Nr.)	Planungs-modul	Biotopt-wert	Fläche [ca. m ²]	Ökopolunkte
1	Bauwerke / bef. Flächen im MI	1		2.754	2.754
	(60.10/60.20)				
2	Garten im MI	6 - 12	*1	7	688
	(60.80)				
3	Gebäude / Feuerwehr	1		791	791
	(60.20)				
4	Asphalt / Feuerwehr	2 - 4		1.363	2.726
	(60.20)				
5	wassergeb. Decke/Feuerwehr	2 - 4		363	726
	(60.23)				
6	Kl. Grünfläche / Feuerwehr	4		889	3.556
	(60.50)				
7	Wiese / Feuerwehr	8 - 13		1.357	17.641
	(33.41)				
8	Straße / Asphalt	1		2.576	2.576
	(60.20)				
9	Gehweg / Pflaster	2 - 4		377	754
	(60.25)				
10	Wirtschaftsweg / WD	2 - 4		18	36
	(60.23)				
11	Kl. Grünfläche / Bestand	4 - 8	*1	135	540
	(60.50)				
12	Fettwiese mittl. Stö - Verkehrsrgrünfläche / Planung	8 - 13	*2	330	2.640
	(33.41)				
13	Fettwiese mittl. Stö - Grünlandansaat / Bestand	6 / 8 - 13 - 19	*1	492	3.444
	(33.41)				
14	Acker / Flst. Nr. 54	4 - 8		1.152	4.608
	(37.10)				
15	Streuobstwiese / Flst. Nr. 53	8 - 13 - 19 / +3 - +6 - +9	*1	1.008	19.152
	(33.41)				
16	Einzelbäume - Säuleneiche / Bestand	3 - 6	*1	3	540
	(45.10 - 45.30b)				
	3 Stck. x StU 50				
17	Waldessbaum / Bestand	3 - 6	*1	6	1.500
	(45.10 - 45.30b)				
	1 Stck. x StU 250				
18	Einzelbäume - Feuerwehr / Planung	4 - 8		8	1.488
	(45.10 - 45.30a)				
	3 Stck. x (12 + 50 cm)				
19	Einzelbäume - Verkehrsrgrün / Planung	3 - 6		6	1.488
	(45.10 - 45.30b)				
	5 Stck. x (12 + 50 cm)				
	Summe			14.293	71.776

* 1 Biotoptwert Bestand berücksichtigt

* 2

sehr kleinflächig

vgl. "Bewertung der Biotoptypen Baden-Württembergs zur Bestimmung des Kompensationsbedarfs in der Eingriffsregelung", Vogel / Breunig, LfU, August 2005, sowie Ökokohtoverordnung vom Dez. 2010

Planungsbüro Fischer

Seite 35

Stand: 12.11.2019

Günterstattstr. 32 • 79100 Freiburg • Tel. 0761/70342-0

Bestand	125.719 Ökopunkte
Planung	71.776 Ökopunkte
Ausgleichsdefizit	53.943 Ökopunkte

Ein vollständiger Ausgleich der Eingriffe in das **Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt** ist innerhalb des Eingriffsbereichs nicht möglich. Es ergibt sich ein rechnerisches **Ausgleichsdefizit von 53.943 Ökopunkten** (Ökokontoverordnung) für das Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt.

8 Ermittlung des Kompensationsbedarfs

8.1 Ausgleichsbedarf Artenschutz

Mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) wurde Dr. Borschert, Bioplan, Bühl, von der Gemeinde Meißenheim beauftragt.

Der Gutachter legte eine Vorsorgemaßnahme und eine vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) zur Vermeidung von Verbotstatbeständen fest.

8.2 Ausgleichsbedarf Schutzgüter

Ein vollständiger naturschutzrechtlicher Ausgleich der Eingriffe ist innerhalb des Gebietes nicht möglich. Es ergibt sich:

- ein Ausgleichsdefizit für das Schutzgut **Boden** **50.508 Ökopunkte**
- ein Ausgleichsdefizit f. das Schutzgut **Pflanzen/Tierwelt** **53.943 Ökopunkte**

9 Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Planungsgebiets

9.1 Artenschutzrechtlicher Ausgleich

Mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) wurde Dr. Borschert, Bioplan, Bühl, von der Gemeinde Meißenheim beauftragt.

Die im Gutachten aufgeführte Vorsorgemaßnahme, bei der es sich um die **Schaffung einer neuen Lebensraumfläche für Fledermäuse** handelt, wie auch die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme), die das **Aufhängen von Nisthilfen** beinhaltet, und sich außerhalb des Planungsgebietes befinden, wurden in die Schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplans aufgenommen.

Die Vorsorgemaßnahme und die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) sind rechtlich verbindlich und dauerhaft über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen Landratsamt und Gemeinde zu sichern. In diesem Vertrag ist die Ausführung, Pacht, Pflege etc. zu regeln.

Nachfolgende Vorsorgemaßnahmen und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) wurden in die Planungsrechtlichen Festsetzungen für das Planungsgebiet als Zuordnung aufgenommen.

Vorsorgemaßnahme des Artenschutzes

Die aus artenschutzrechtlicher Sicht erforderlichen Vorsorgemaßnahme außerhalb des Planungsgebiets, die die Schaffung einer neuen Lebensraumfläche für Fledermäuse in einer Größe von mind. 0,55 ha beinhaltet, wird den



Eingriffen, die durch die Bebauung der Gemeinbedarfsfläche entstehen, zugeordnet.

Auf dem gemeindeeigenen Flurstück Nr. 1055 südlich der der neuen Erschließungsstraße sind Hochstammobstbäume standortheimischer lokaler bzw. regionaler Sorten anzupflanzen und dauerhaft zu pflegen. Bei Ausfall ist Ersatz zu leisten. Regelmäßige Baumpflege ist durchzuführen. Im Kronenbereich der Obstbäume ist eine punktuelle Düngung bei Bedarf möglich.

Bevorzugt sind Apfelbäume anzupflanzen. Es können auch Birnen oder Kirschen oder andere Obstsorten angepflanzt werden. Anteilig ist auch die Pflanzung anderer Bäume, u.a. Nussbäume, möglich.

Jeder zweite Baum in einer Reihe muss bei der Pflanzung einen Durchmesser von mindestens 15 cm und eine Höhe von mindestens zwei Metern aufweisen. Mit Beginn der Pflanzung der Obstbäume ist ab Herbst 2019 zu beginnen und im Frühjahr 2020 fortzuführen.

Der Unterwuchs ist als Grünland anzulegen. Er kann mit einer standortgerechten Pflanzmischung eingesetzt oder über Heudrusch einer geeigneten Fläche aus der Umgebung versehen werden.

Die Nutzung kann kleinparzelliert erfolgen oder aber über eine zweischürfige extensiv genutzte Wiese (1. Schnitt nach Überschreiten des Hauptblütezeitpunktes der Gräser, 2. Schnitt frühestens 6 Wochen später). Das Mahgut ist abzutransportieren. Alternativ kann die Fläche auch beweidet werden, u.a. mit Schafen.

Es sind mindestens 5 Fledermauskästen in mindestens zwei, besser drei Metern Höhe halb der neuen Lebensraumfläche im Herbst 2019 aufzuhängen.

Hierfür sind folgende Kästen geeignet:

- 3 Kleinfledermaushöhlen 3FN (Firma Schwegler)
- 2 Fledermausflachkästen 1FF (Firma Schwegler)

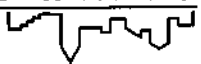
Die Kleinfledermaushöhlen sind dauerhaft außerhalb der Fortpflanzungszeit, bevorzugt in den Wintermonaten (Kästen sind nicht frostsicher) auf Funktionalität zu überprüfen und gegebenenfalls zu reinigen. Die Flachkästen sind wartungsfrei.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahmen) des Artenschutzes

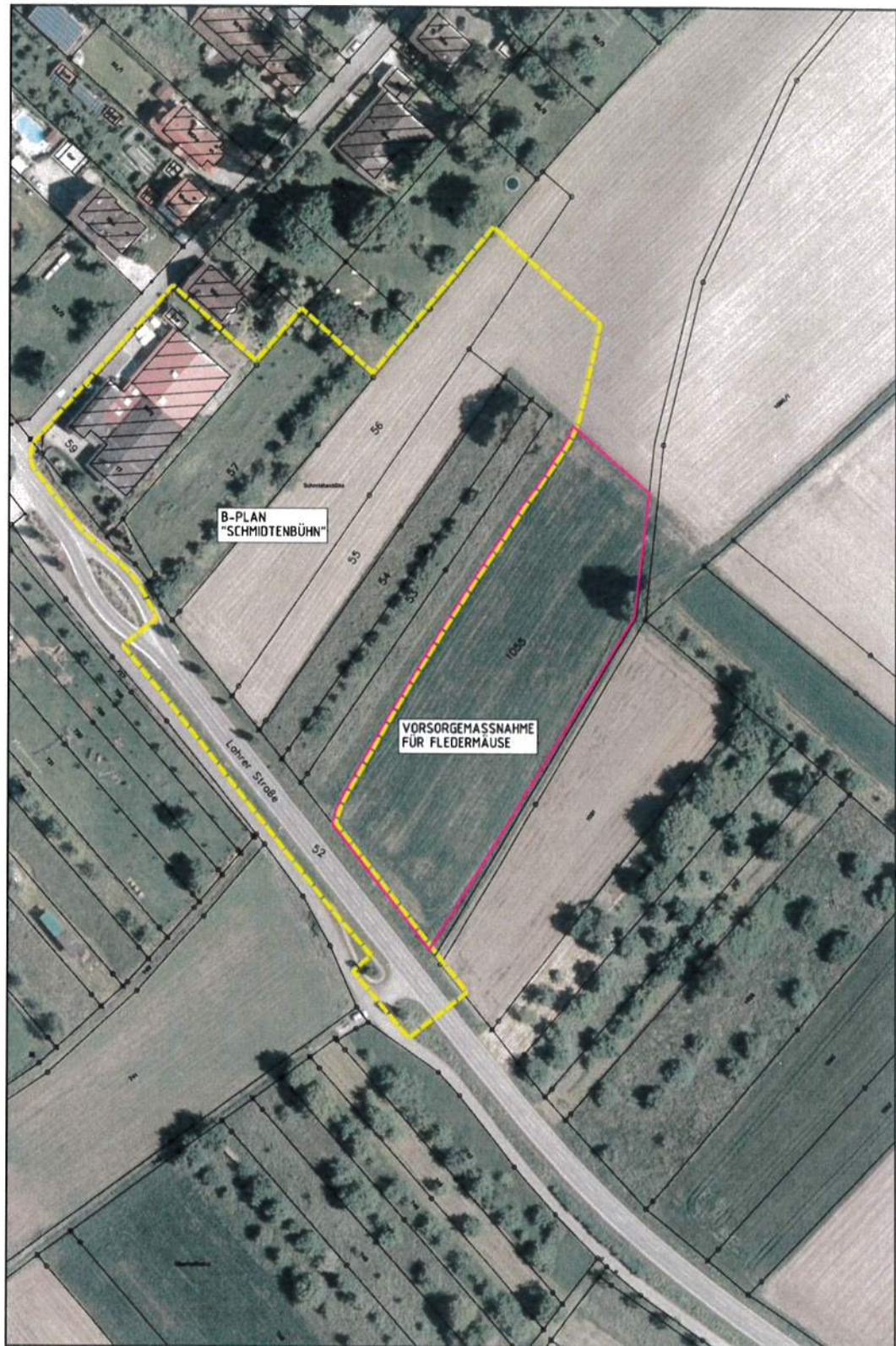
Die aus artenschutzrechtlicher Sicht erforderlichen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) außerhalb des Planungsgebietes, die innerhalb der neuen Lebensraumfläche für Fledermäuse durchzuführen ist und das Aufhängen von Nisthilfen beinhaltet, wird den Eingriffen, die durch die Bebauung Gemeinbedarfsfläche entstehen, zugeordnet.

Es sind südlich der der neuen Erschließungsstraße für den Feldsperling drei Höhlen-Nistkästen (alternativ zwei Sperlingskoloniehäuser) und für die Kohlmeise drei Höhlenbrüter-Nistkästen im Herbst 2019 auf der Maßnahmenfläche (Flurstück 1055) aufzuhängen.

Die Kästen sind jährlich außerhalb der Brutzeit (ab Oktober) auf Funktionsfähigkeit zu überprüfen und zu reinigen, u.a. Entfernen von Nistmaterial.



Plan: Fläche Vorsorgemaßnahme für Fledermäuse



(Quelle: Abgrenzung Fläche auf Flst. Nr. 1055 aus saP, Dr. Boschert, Bioplan, Bühl, 02.09.2019)



9.2

Naturschutzrechtlicher Ausgleich

Wie in Kap. 6 dargestellt, werden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen innerhalb des B-Planes durchgeführt. Es handelt sich dabei um Gestaltungsmaßnahmen, die auch zur ökologischen Aufwertung beitragen.

Ein vollständiger Ausgleich für das Schutzgut Boden und das Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt ist jedoch nicht möglich. Es verbleibt ein Ausgleichsdefizit in Höhe von 19.571 Ökopunkten, das durch

- Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Vorsorgemaßnahme, (Teilfläche von Flst. Nr. 1055)
 - Teilabbuchung einer Maßnahme des Ökokontos Wald ("Waldfreugium "Landepatz")
- ausgeglichen wird.

9.2.1

Bilanzierung der artenschutzrechtlichen Vorsorgemaßnahme (lt. OKVO)

Die erforderlichen artenschutzrechtlichen Vorsorgemaßnahmen werden auf einer Teilfläche des Flurstückes Nr. 1055 durchgeführt. (s. Kap 9.1)

Da die artenschutzrechtlichen Vorsorgemaßnahmen zu einer ökologischen Aufwertung führt, kann diese nach der Ökokontoverordnung bilanziert und zu einem Ausgleich für das Schutzgut Pflanzen-/ Tierwelt und Schutzgut Boden herangezogen werden.

Für die Ermittlung des Aufwertungspotentials der Ausgleichsfläche erfolgte zuerst eine Biotoptypenkartierung des Bestandes und der Planung nach der Ökokontoverordnung. Anschließend wurde eine Gegenüberstellung des Bestandswert mit dem Planungswert durchgeführt, um das rechnerisch zu bilanzierende Ausgleichsplus zu erhalten.

Bei dem Flurstück Nr. 1005 handelt es sich um eine Landwirtschaftsfläche im Besitz der Gemeinde, die derzeit als Acker bewirtschaftete wird und in eine Streuobstwiese umgewandelt werden soll.

Tabelle: Gegenüberstellung Biotoptypen Bestand / Planung
Teilfläche Flst.Nr. 1005

Flst.Nr.	m²	Bestand Biotoptyp	ÖP	Planung Biotoptyp	ÖP	Differenz	Ausgleichspotential
1005	5.500	Acker (37,11)	4	Streuobstwiese (33,41/45,40)	17	+13	71.500

Der Teilbereich des Flst. Nr. 1005 erhöht durch die vorgesehenen Maßnahmen eine ökologische Aufwertung in Höhe von 71.500 Ökopunkten.

9.2.2

Maßnahme des Ökokontos Wald

Für den naturschutzrechtlichen Ausgleich wird nachfolgend aufgeführte Maßnahme des Ökokontos der Gemeinde Weißenheim in Teilen in Ansatz gebracht.

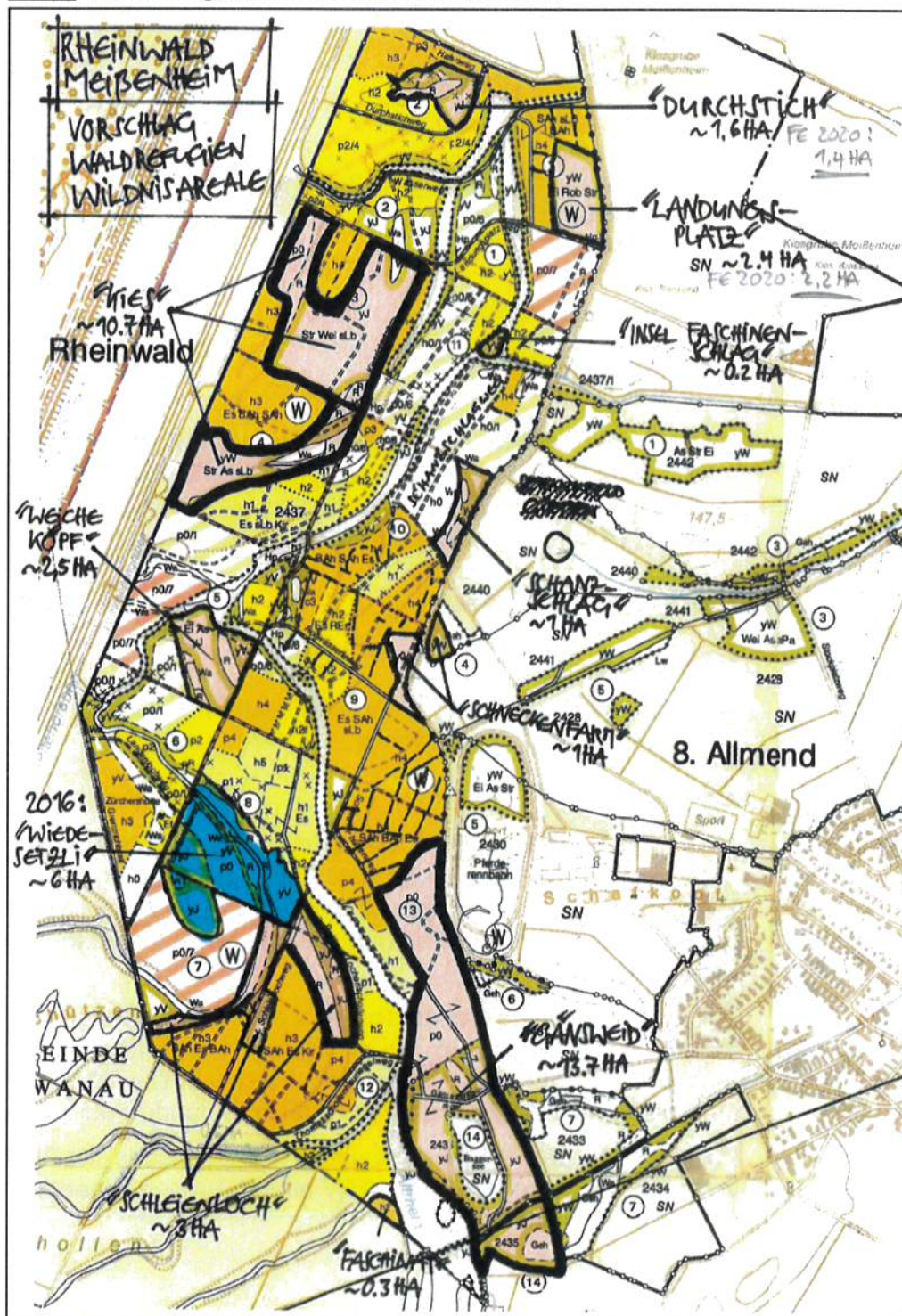
Es handelt sich dabei um die Stilllegung einer Waldfläche

- Waldfreugium "Landepatz"

Es ist vorgesehen, die Waldfläche aus der Nutzung zu nehmen. Hierfür kann eine Aufwertung mit 4 Ökopunkten/m² in Ansatz gebracht werden. Nach Aussage des beigefügten Plans, den uns die Gemeinde Meißenheim überlassen hat, besitzt die Waldfläche "Landungsplatz" ca. die Größe von 2,4 ha.

$$24.000 \text{ m}^2 \times 4 \text{ ÖP} = 96.000 \text{ ÖP Aufwertungspotential}$$

Plan: Waldrefugien Gemeinde Meißenheim



(Quelle: Gemeinde Meißenheim, erhalten mit Mail vom 26.07.2019)



9.2.3 Zusammenstellung naturschutzrechtlicher Ausgleich

Tabelle: Gegenüberstellung Ökopunkte

Ausgleichsdefizit Schutzgut Boden B-Plan "Schmidtenbühn"	50.508 Ökopunkte
Ausgleichsdefizit Schutzgut Pflanzen-/Tierwelt B-Plan "Schmidtenbühn"	53.943 Ökopunkte
Summe Ausgleichsdefizit B-Plan "Schmidtenbühn"	104.451 Ökopunkte
Aufwertungspotential Vorsorgemaßnahme für den Artenschutz Teilbereich Flst.Nr.1005	71.500 Ökopunkte
Rest – Ausgleichsdefizit Teilabbuchung Ökokontomaßnahme Waldfreugium "Landesplatz"	32.951 Ökopunkte

Durch die aus artenschutzrechtlicher Sicht erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und die Abbuchung aus dem Ökokonto Wald der Gemeinde Meißenheim erfolgt lt. Ökokontoverordnung ein ausreichender Ausgleich für die Schutzgüter Boden und Pflanzen-/Tierwelt.

10 Planungsalternativen

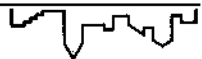
10.1 Nullvariante

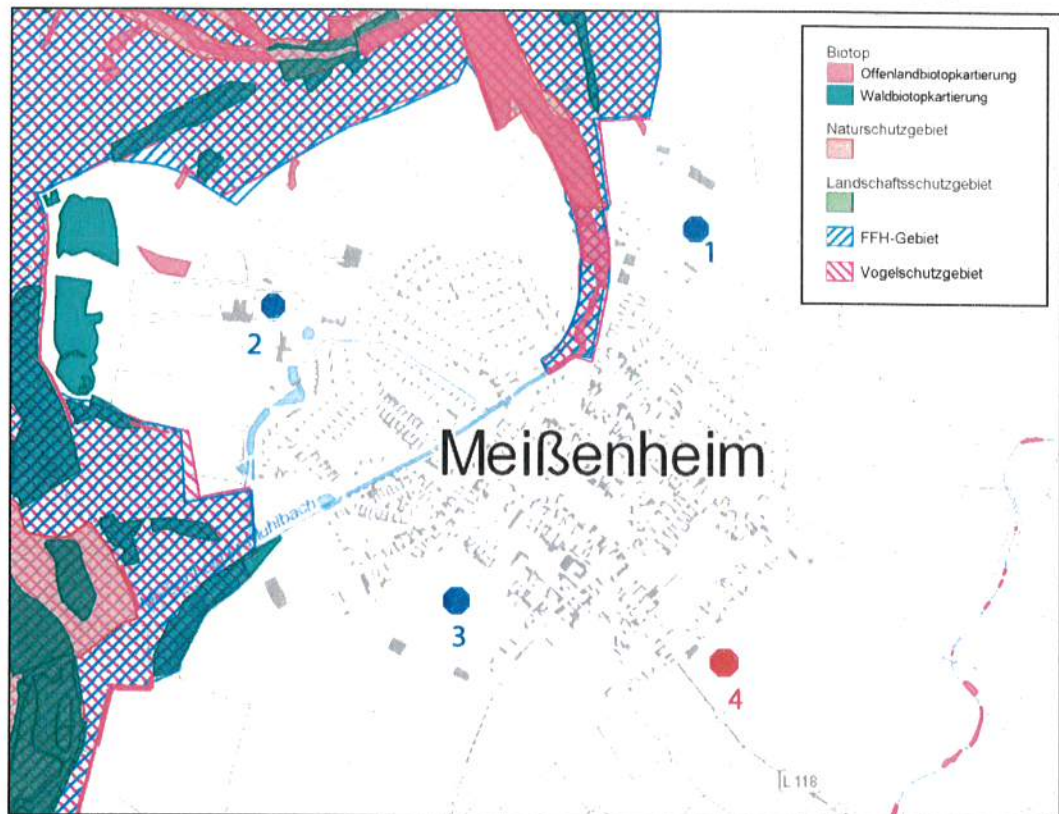
Wird der Bebauungsplan nicht aufgestellt, tritt kurzfristig voraussichtlich keine Änderung gegenüber dem jetzigen Zustand ein.

10.2 Alternativen

In der rechtswirksamen 3. Änderung des Flächennutzungsplans der VG Schwanau - Meißenheim ist das Planungsgebiet als gemischte Baufläche, Verkehrsfläche sowie Landwirtschaftsfläche ausgewiesen. Derzeit wird im Parallelverfahren der Flächennutzungsplan entsprechend dem Bebauungsplan geändert.

Zur Sicherung einer zukunftsorientierten Entwicklung beabsichtigt der mittlerweile arbeitende Betrieb Ecke Schillerstraße und Lahrer Straße das Betriebsgelände auf die angrenzende Fläche auszuweiten. Aus Gründen der innerbetrieblichen Abläufe ist ein Alternativstandort nicht möglich.
Für den Bau des Feuerwehrhauses der Gemeinde Meißenheim wurden die im nachfolgenden Plan der LUBW eingetragenen Standorte mehrfach in den Gremien diskutiert.



Planausschnitt: Schutzgebiete - Potentielle Feuerwehrhausstandorte

(Quelle: LUBW-Abfrage Jan. 2019, Angaben der Gemeinde Meißenheim)

Dabei handelt es sich um

- 1: Standort beim Rathaus Meißenheim
- 2: Standort beim Hartplatz
- 3: Standort im Gewinn Oberdorfgassenfeld
- 4: Standort im Gewinn Schmidtenbühn

Mit Ausnahme des Hartplatzes, dessen Nutzung aufgegeben werden soll, beanspruchen die Flächen 1 sowie 3 und 4 Landwirtschaftsflächen mit sehr guter Bodenqualität und vergleichbarer ökologischer Wertigkeit, die ausgleichbar ist. Jedoch befindet sich insbesondere der Standort beim Rathaus in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet "Salmengrund" bzw. zu dem FFH-Gebiet "Rheinniederung von Wittenweier bis Kehl" und dem Vogelschutzgebiet "Rheinniederung Nonnenweier – Kehl".

Bei Realisierung des Standortes Hartplatz muss berücksichtigt werden, dass bei einem Einsatz zum Ortsteil Kürzell wie auch zu den Nachbargemeinden eine schlechte Verkehrsanbindung besteht und bei Einsätzen mit einer Verkehrsbelastung im angrenzenden Wohngebieten zu rechnen ist.

Auch artenschutzrechtliche Belange sprechen nicht gegen eine Ausweisung des Standortes im Gewinn Schmidtenbühn, da durch Vermeidungsmaßnahmen und CEF-Maßnahmen ein Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG vermieden werden kann.

Aus den dargelegten naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Gründen ist der Standort im Gewinn Schmidtenbühn zu favorisieren.



11 Zusätzliche Angaben

11.1 Monitoring

Die Gemeinde ist verpflichtet die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung von Bauleitplänen eintreten, zu überwachen (§ 4c BauGB). Vom Gesetzgeber wurde den Gemeinden ein erheblicher Gestaltungsraum bzgl. Zeitpunkt, Inhalt und Verfahren eingeräumt. Im 1. Jahr der Herstellung, zusätzlich im 2. und 5. Jahr nach der Herstellung ist zu überprüfen, ob die Festsetzungen des Bebauungsplanes eingehalten werden.

Insbesondere sind zu überprüfen:

- Versiegelungsgrade, Umgang mit Boden und Oberboden
- Baumpflanzungen im Bereich der Gemeinbedarfsfläche Feuerwehr und öffentlicher Grünflächen
- Anlage einer Wiese im Bereich der Gemeinbedarfsfläche Feuerwehr
- Anlage von Verkehrsgrünflächen
- Erhalt der im Zeichnerischen Teil festgesetzten Einzelbäume
- Erhalt einer Streuobstwiese
- Vermeidungsmaßnahmen sowie Vorsorgemaßnahme und vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahmen) für den Artenschutz
- Teilabbuchung einer Maßnahme des Ökokontos Wald der Gemeinde für Eingriffe in das Schutzgut Boden und Pflanzen-/Tierwelt

Bei der Überprüfung der festgesetzten Maßnahmen ist bei Beginn besonders auf deren fachlich richtige Realisierung zu achten. In den darauf folgenden Kontrollen steht die Erfolgskontrolle im Vordergrund.

Sofern von dritter Seite ein Hinweis auf einen weiteren Konflikt mit den Schutzgütern kommen sollte, werden auch hier Überwachungsmaßnahmen eingeleitet.

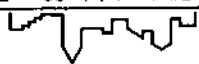
11.2 Zusammenfassung

Anlass

Anlass für die zu erstellende Umweltprüfung ist die Aufstellung des Bebauungsplanes "Schmidtenbühn" der Gemeinde Meißenheim gemäß § 2 Abs. 4 BauGB.

Mit dem Bebauungsplan "Schmidtenbühn" sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Errichtung eines Feuerwehrhauses sowie zur Erweiterung eines bestehenden Gewerbebetriebs geschaffen werden.

Das Planungsgebiet umfasst ca. 1,43 ha und befindet sich am östlichen Ortsrand der Gemeinde Meißenheim nördlich der Lahrer Straße.



Auswirkungen auf Schutzgebiete

Eine Beeinträchtigung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" ist durch das Vorhaben nicht zu erwarten, da "Natura 2000" Gebiete nicht betroffen sind. Weitergehende Prüfungen im Sinne des § 34 BNatSchG sind nicht erforderlich.

Auswirkungen auf den Artenschutz

Mit der Ausarbeitung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) wurde Dr. Boschert, Bioplan Bühl, beauftragt. Das Gutachten vom 02. September 2019 ist als Anlage dem Bebauungsplan beigelegt.

Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) kam zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung und bei vollständiger Umsetzung der genannten Maßnahmen sich aus fachgutachterlicher Sicht keine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzenarten ergibt.

Die im Gutachten aufgeführten Vermeidungs- und Vorsorgemaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) wurden in die Schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplans aufgenommen.

Dabei handelt es sich um Festsetzungen zu

1. Vermeidungsmaßnahmen, die beinhalten
 - Baufeldräumung
 - Maßnahmen für Mauer- und Zauneidechse/Reptilienzäune
 - Maßnahmen für Zauneidechse
 - Maßnahmen für Kreuzkröte und Gelbbauchunke
 - Bauzeitenbeschränkung
 - Vermeidung von Lichtemissionen
 - Erhalt der Obstbaumreihe auf Flst. Nr. 53 und des Nussbaumes
 - Naturschutzfachlich begleitende Maßnahmen inklusive Monitoring
2. Vorsorgemaßnahmen, die beinhalten
 - Schaffung einer Lebensraumfläche für Fledermäuse
3. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen), die beinhalten
 - Aufhängen von Nisthilfen

Auswirkungen auf die Schutzgüter

In der nachfolgenden Tabelle werden gemäß §1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG (Eingriffsregelung) für die einzelnen zu beurteilenden Schutzgüter die Umweltauswirkungen der Planung unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen innerhalb des Planungsgebietes dargestellt und der erforderliche Ausgleich aufgeführt.

In einem Fazit wird dargelegt, ob erhebliche Beeinträchtigungen für das jeweilige Schutzgut verbleiben.

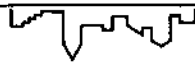
Tabelle: Umweltprüfung Schutzgüter

	Eingriff	Verminderung / Minimierung	Ausgleich (außerhalb kursiv)	Fazit
Mensch	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust von freier Landschaft, die kein bedeutendes Naherholungsgebiet darstellt • ggf. visuelle Störung des Landschaftsbildes sowie des Ortsrandes • Beeinträchtigung durch Maschinenlärm • Beeinträchtigung durch Schadstoff- u. Lärmbelastungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu Pflanzung von Bäumen im Bereich der Gemeinbedarfsfläche • Feuerwehr und Verkehrssicherungsmaßnahmen • Erhalt von Einzelbäumen • Erhalt einer Streuobstwiese 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu Anlage einer Obstwiese 	<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen auch im Hinblick auf den Lärmschutz (s. Aktemnotiz vom 28.02.2019, Dr. Jans) für das Schutzgut Mensch.</p>
Fläche	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust von Landwirtschaftsfläche der Vorrangflur Stufe 1 			<p>Da nach derzeitigem Kenntnisstand kein Alternativstandort für ein Feuerwehrhaus vorhanden ist und der Bedarf an Erweiterungsfäche für den vorhandenen Gewerbebetrieb besteht, sind die Auswirkungen – Verlust von Landwirtschaftsfläche Vorrangflur Stufe 1 – auf das Schutzgut Fläche vertretbar. Eine entsprechende Änderung des FNP der VVG Schwanau – Meßenheim erfolgt im Parallelverfahren.</p>
Boden	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme versiegelter Fläche (Neuversiegelung max. ca. 6.012 m²) • Veränderung der Bodenstrukturen • Beeinträchtigungen bzw. Verlust von Bodenfunktionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu handlung des Oberbodens während der Bauzeiten • Reduzierung des Versiegelungsgrades auf das unbedingt erforderliche Maß durch Verwendung wasserdurchlässiger Belagsarten im Bereich der Stellplätze • Fachgerechter Behandlung des 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgleichsdefizit nach ÖKVO von 50,508 ÖP nach ÖKVO • Zuordnung von Vorsorgemaßnahmen Arten-schutz auf Teilfläche Flst Nr. 1055 • Teilabbuchung Ökokontofläche Waldrefugium „Landplatz“ 	<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden. Dachbegrünungsmaßnahmen werden die Eingriffe mindern. Anmerkung: Da keine Schutzgutspezifischen Ausgleichsmaßnahmen auszureichend zur Verfügung stehen, erfolgt die Kompensation schutzgutübergreifend.</p>

	Eingriff	Verminderung / Minimierung	Ausgleich (außerhalb kursiv)	Fazit
Oberflächengewässer	<ul style="list-style-type: none"> Abflussrate durch verminderte Oberflächenversickerung erhöht 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> Reduzierung des Versiegelungsgrades auf das unbedingt erforderliche Maß durch Verwendung wasserdurchlässiger Belagsarten im Bereich der Stellplätze 		<p>Da keine Oberflächengewässer im Planungsgebiet vorhanden sind, entstehen keine direkten Beeinträchtigungen für dieses Schutzgut.</p> <p>Dachbegrünungsmaßnahmen würden die Abflussrate reduzieren.</p>
Grundwasser	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate (Neuversiegelung ca. 6.012 m²) 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> Reduzierung des Versiegelungsgrades auf das unbedingt erforderliche Maß Verwendung von wasserdurchlässigen Belagsarten 		<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Grundwasser.</p>
Klima	<ul style="list-style-type: none"> Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung und Bebauung Verlust von klimatisch ausgleichender Acker- und Grünlandfläche mit Obstgehölzen 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> Reduzierung des Versiegelungsgrades auf das unbedingt erforderliche Maß Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> Pflanzung von Bäumen im Bereich der Gemeinbedarfsfläche Feuerwehr und Verkehrsgrünflächen Erhalt von Einzelbäumen Erhalt einer Streuobstwiese 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> Anlage einer Obstwiese 	<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Klima.</p> <p>Dachbegrünungsmaßnahmen würden die Eingriffe minimieren.</p>
Pflanzen-/Tierwelt	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von Biotoptypen geringer bis mittlerer Wertigkeit (Acker- und Wiesenflächen mit Obstbäumen) 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> Pflanzung von Bäumen im Bereich der Gemeinbedarfsfläche Feuerwehr und Verkehrsgrünflächen Erhalt von Einzelbäumen Erhalt einer Streuobstwiese Erhalt einer Wiese mit Obstbäumen 	<p>Ausgleichsdefizit von 53.943 ÖP nach ÖKVO</p> <p><i>Zuordnung von</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>Vorsorgemaßnahme Artenschutz auf Teilfläche Flst.Nr. 1055</i> <i>Teilabbuchung Ökokontofläche Waldrefugium „Landeplatz“.</i> 	<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen für das Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt.</p>

Eingriff	Vermeidung / Minimierung	Ausgleich (außerhalb kursiv)	Fazit
<ul style="list-style-type: none"> Betroffenheit von Vögeln, Fledermäusen, Reptilien (Zaun- und Mauereidechse) und Amphibien (Kreuzkröte) 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen für die Fauna Baufreidämmung Maßnahmen für Mauerr- u. Zauneidechse / Reptilienzäune Maßnahmen für Zauneidechse Maßnahmen für Kreuzkröte und Gelbauchunke Bauzeitenbeschränkung Verminderung von Lichtemissionen Erhalt der Obstbaumreihe auf Flst.Nr. 53 und des Nussbaums 	<ul style="list-style-type: none"> Zuordnung von - Vorsorgemaßnahme / Schaffung einer Lebensraumfläche benstraumfläche für Fledermäuse auf Teilfläche Flst.Nr. 1055 vorgezogener Ausgleichsmaßnahme / Aufhängen von Nisthilfen 	<p>Unter Berücksichtigung und bei vollständiger Umsetzung der genannten Maßnahmen ergibt sich aus fachgutachterlicher Sicht keine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlichen relevanten Tier- und Pflanzenarten ergibt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> Betroffenheit von Acker- und Wiesenfläche mit Obstbäumen, die von der angrenzenden Landschaftsstraße erlebt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu Pflanzung von Bäumen im Bereich der Gemeinbedarfsfläche Feuerwehr und Verkehrsrumfläche Erhalt von Einzelbäumen Erhalt einer Streumen Erhalt einer Obstwiese Obstbäumen 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu - Anlage einer Obstwiese 	<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild.</p>
Kultur- und Schutzgüter			<p>Da keine Kultur- und sonstigen Sachgüter bekannt sind, ergeben sich durch die geplante Bebauung keine Auswirkungen.</p>

Die Umweltprüfung gemäß § 1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG für die Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass bei Durchführung der festgelegten Maßnahmen keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für die Schutzgüter verbleiben.



Naturschutzrechtliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung

Das geplante Vorhaben lässt sich nicht konfliktfrei zu den Ansprüchen und Zielsetzungen von Naturschutz und Landschaftspflege realisieren. Es stellt einen Eingriff nach § 14 BNatSchG i.V.m. § 14 NatSchG dar.

Der Bilanzierung nach der Ökokontoverordnung wurde der Zeichnerische Teil des Bebauungsplans „Schmidtenbühn“ mit Stand vom 11.02.2019 incl. der Planungsrechtlichen Festsetzungen zugrunde gelegt.

Es ergab sich ein nach der Ökokontoverordnung ermitteltes

• Ausgleichsdefizit für das Schutzgut Boden	50.508 Ökopunkte
• Ausgleichsdefizit für das Schutzgut Pflanzen/Tierwelt	53.943 Ökopunkte

Die Kompensation erfolgt durch Maßnahmen außerhalb des Bebauungsplans. Dabei handelt es sich um

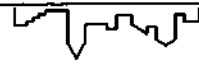
- **Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Vorsorgemaßnahme,**
(Teilfläche von Flst. Nr. 1055)
- **Teilabbuchung einer Maßnahme des Ökokontos Wald**
(Waldrefugium "Landeplatz")

Die Ersatzmaßnahmen (Ausführung, Pacht, Pflege etc.) werden rechtlich verbindlich und dauerhaft über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen Landratsamt und Gemeinde gesichert.



11.3 Quellenverzeichnis

- Gutachten zum Artenschutz (s. Auflistung am Anfang)
- Gutachten zum Lärmschutz (s. Auflistung am Anfang)
- Daten- und Kartendienst der LUBW (Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg): <http://www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/service/s/41531/>
- Geologisches Landesamt Baden-Württemberg (1994): Bodenübersichtskarte von Baden-Württemberg 1:200.000. Blatt CC 7910 Freiburg Nord und Blatt CC 8710 Freiburg Süd
- Geoportal Baden-Württemberg: <https://www.geoportal-bw.de/kartenviewer>
- Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart: Amtliche topographische Karten 1:25.000. Ausgabe 2002
- LFU (2002) Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Gebietsheimische Gehölze in Baden-Württemberg
- LFU (2005) Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Bewertung der Biotoptypen Baden-Württembergs zur Bestimmung des Kompensationsbedarfs in der Eingriffsregelung. Abgestimmte Fassung August 2005. Bearbeitung: Vogel / Breunig
- LFU (2005) Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Empfehlung für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung sowie Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umsetzung. Teil A und Teil B. Abgestimmte Fassung Oktober 2005. Bearbeitung: Prof. Dr. C. Küpper
- LFU (2009) Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Arten, Biotope, Landschaft – Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten. 4. Auflage
- LFU (2000) Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. Naturschutz - Praxis, Eingriffsregelung 3. 1. Auflage
- LGRB (2013) Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Regierungspräsidium Freiburg: Bodenkarte von Baden-Württemberg, M 1:50.000 des Geola (Integrierte Geowissenschaftliche Landesaufnahme)
- LUBW (2010) Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg: Bodenschutz 23 - Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit
- LUBW (2012) Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg: Bodenschutz 24 - Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung
- ÖKVO (2010): Verordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über die Anerkennung und Anrechnung vorzeitig durchgeführter Maßnahmen zur Kompensation von Eingriffen. Fassung vom 19.12.2010
- RVSO (i.d.F. Satzungsbeschluss 2017) Regionalverband Südllicher Oberrhein: Raumnutzungskarte, Umweltbericht, etc.



Freiburg, den 01.02.2019 FEU-ta
03.09.2019
12.11.2019

151Umw06.doc

Meißenheim den 09. MRZ. 2020

PLANUNGSBÜRO FISCHER



Günterstalstraße 32 ■ 79100 Freiburg i.Br
Tel. 0761/70342-0 ■ info@planungsbuerofischer.de
Fax 0761/70342-24 ■ www.planungsbuerofischer.de

Planer

Schröder, Bürgermeister



○

○

1000